

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mk., bei Selbstabholung 1.80 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.— Mk., für 1 Monat 2.— Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 58 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18 008.

Inseratenpreise:
Die 7 gespaltene Petitzeile 50 Pfg. und 40% Zenerungszuschlag = 70 Pfg. Desgl. bei Platzvorschrift 55 Pfg. und 40% Zenerungszuschlag = 77 Pfg. Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr. Postcheckkonto Nr. 58 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4500 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Noske für v. d. Goltz.

Ein Anschauer für den Vormärts.

Berlin, 22. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Anlässlich des Glückwunschtelegrams des Generals v. d. Goltz an die baltischen Truppen holte der Vormärts diesen und einem andern Offizier den Hinweis aus der Reichswehr angeliebt. Dafür hat er jetzt vom Reichswehrminister Noske folgenden charakteristischen Brief erhalten:

„Am Vormärts vom 18. Oktober morgens ist die Verabschiedung zweier Generale in einer Form angelegt, von der ich w'it abrückte. Wenn dort vom „Getauscher“ des einen, und im „großen Wagen folgen“ des andern gesprochen wird, so kann ich es nur verzweifeln, wenn in einer derartigen Weise von Generalen gesprochen wird, deren Auffassungen und Wege sich von den meinen trennen, deren langjährigen Friedens- und Kriegsdienste diese aber vor solchen Ausdrücken schützen müßten. Was den sachlichen Teil der Notiz anbelangt, so entscheidet der Reichspräsident nach Recht und Gesetz über die Verabschiedung von Offizieren.“

Der Vormärts wird sich den jährlichen Anschauer des für seine Generalie Besorgten Herr Noske hinter den Spiegel stecken können. Das politisch und moralisch verlorne Blatt, das getreue Spiegelbild der Noskepartei, hat auch diese Ohrfeige schweigend hinzunehmen.

Genosse Baake noch immer in Lebensgefahr

Berlin, 22. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ueber das Befinden des Genossen Baake hat der behandelnde Arzt, Geheimrat Rother, dem Reichswehrministerium folgende Mitteilung: Obwohl seit vorgestern eine gewisse Besserung festzustellen ist, kann doch nicht davon gesprochen werden, daß die Lebensgefahr beseitigt ist. Das Fieber ist gesunken, doch besteht die vollständige Beseitigung des gesamten Schuffanals, die jeden Eingriff erschwert, weiter fort. Die Reisis wird sich voraussichtlich in kurzer Zeit entscheiden.

Zur Beteiligung an der Washingtoner Konferenz.

Berlin, 21. Oktober. Offiziell verlautet: Wegen der Entscheidung deutscher und österreichischer Delegierter zu der bevorstehenden Arbeiterkonferenz in Washington, fanden sowohl von Regierungseite wie von den Gewerkschaftsverbänden weitere Verhandlungen statt. Nach dem Ergebnis dieser Verhandlungen erscheint es angingig, von der bisherigen ablehnenden Haltung gegenüber der Frage der Besichtigung der Konferenz durch deutsche Vertreter abzuweichen. Dem deutschen Gewerkschaftsverband ist durch neutrale Vermittlung eine Erklärung zugegangen, daß der oberste Rat der alliierten und assoziierten Regierungen die Zulassung der deutschen und österreichischen Delegierten als vollberechtigte Mitglieder zur Konferenz empfohlen hat, so daß auf diese Zulassung in der ersten Sitzung der Konferenz mit Sicherheit zu rechnen ist. Dies ist dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris bestätigt worden. Die deutsche Regierung hat sich unter diesen Umständen in Uebereinstimmung mit der Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsverbandes entschlossen, Delegierte nach Washington zu entsenden. Außer zwei Regierungsvertretern und je einem Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber werden der deutschen Delegation eine Anzahl Sachverständiger angehören. Die Abreise wird voraussichtlich gemeinsam mit den österreichischen Delegierten Ende dieser Woche erfolgen. Da der Beginn der Konferenz, der ursprünglich auf den 20. Oktober angesetzt war, voraussichtlich um einige Tage verschoben wird, steht zu erwarten, daß die deutschen und österreichischen Delegierten noch rechtzeitig zum Anfang der sachlichen Verhandlungen in Washington eintreffen werden.

Vor neuen Zwangsmahnahmen der Entente!

Berlin, 22. Oktober. Der oberste Rat hat von allen Anschlägen der Konferenz bis zum 28. Oktober Bericht darüber gefordert, welche Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages die Deutschen nicht erfüllt haben, um Maßnahmen zur Erzwingung ihrer Durchföhrung zu ergreifen.

Schließung der Schulen in Wien.

Wien, 22. Oktober. (Z. U.) Die aus zuverlässiger Quelle verlautet, sollen infolge der Kohlennot alle Schulen in der Zeit vom 15. November bis 15. Februar 1920 geschlossen werden. — Daß Cafés und Kinos ihre Pforten geschlossen hätten, hat man noch nicht vernommen.

Sozialistische Kandidaten in Paris.

Genf, 22. Oktober. (Z. U.) Die sozialdemokratischen Vereine von Paris und Umgebung haben ihre Kandidatenliste für die bevorstehenden Kammerwahlen aufgestellt. Die Abgeordneten Rostler, Delanne, Gavre und Favre, die auf dem rechten Flügel der Partei stehen und für sämtliche Kandidaturen gestimmt haben, sind nicht in die Liste aufgenommen worden, die einen entschiedenen Aus nach links trägt. Unter den neuen Namen befindet sich auch der des Hauptmanns Saboni, der, wie erinnerlich, in einer offiziellen Mission in Rußland h'ort geblieben ist und sich den Bolschewisten angeschlossen hat.

Die Unabhängige Sozialdemokratie und die Ostpolitik.

Die Regierungen der Ententestaaten haben neue Schritte unternommen, um die verschärfte Blockade Sowjetrußlands zu verwirklichen. Für das Proletariat der ganzen Welt ist damit eine neue Lage geschaffen: es muß seine ganze Kraft zusammenfassen, um entscheidend in die Ostpolitik der Regierungen einzugreifen und die internationale Verschwörung des Kapitals zu vereiteln.

Die russische Sowjetrepublik ist auf allen Seiten von Feinden bedroht, die unter dem Schlagtruf „Gegen den Bolschewismus“ in Wahrheit gegen alle Sozialisten der Welt kämpfen. Im Osten Sowjetrußlands steht Kolltschak; mehrere Male bestegt und zurückgeschlagen, sammelt er immer wieder Truppen gegen Moskau. Vom Süden her rückt Denikin gegen Moskau vor. Petersburg wird von den Truppen General Judenitschs und von der englischen Flotte bedroht. An der Westfront sammelt sich neben den Polen, die die Rolle des Gendarmen der Entente spielen, die konterrevolutionäre Armee der deutschen und russischen Monarchisten; von Kurland und Litauen aus hat sie ihren Vormarsch begonnen, um ihren Teil von der Beute zu nehmen.

Eine mehr passive Rolle bei diesem Kesseltreiben gegen Sowjetrußland spielen die ehemals russischen Randvölker, die Esten, die Letten, die Litauer, die Weißrussen, die Ukrainer. Die Abneigung gegen den Bolschewismus und den großrussischen Zentralismus hat auch viele kleinbürgerliche und bäuerliche Schichten in diesen Ländern den Feinden Sowjetrußlands in die Arme getrieben. Sie fürchten aber nicht minder den Sieg Kolltschaks und Denikins, die ihnen nicht nur ihre Selbständigkeit, sondern auch den Grund und Boden rauben und sie in die zaristische Sklaverei zurückstoßen würden. Sie fürchten auch die Festlegung der Entente in den Randländern, die ihnen ökonomische Unterjochung und Abhängigkeit bringen würde. Vor allem aber fürchten sie die deutschen Reaktionen und Militaristen, die ihre raubtierigen Finger wieder nach dem Osten ausgestreckt haben.

Die Besorgnis vor den offenen und verkappten Räubern aus dem Westen macht die Regierungen der russischen Randländer geneigt, dem Verlangen der dortigen Sozialisten stattzugeben:

Frieden mit Sowjetrußland zu schließen.

Diese Friedensbereitschaft muß vom deutschen und vom westeuropäischen Proletariat gefördert, sie muß als Grundlage für eine Aktion in allen Ländern benutzt werden, die die Bahn freimacht für den Gesamtfrieden im Osten, zu dem sich die Sowjetregierung in feierlichen Kundgebungen an alle Regierungen mehrfach bereit erklärt hat.

Dieser Friede wird nur möglich, wenn das gesamte europäische Proletariat den stärksten Druck auf seine Regierungen ausübt und sie zwingt, ihre militärischen Expeditionen und die mörderische Blockade gegen das russische Volk einzustellen, jegliche offene und verkappte Unterstützung der Kolltschak, Denikin, Judenitsch, Awasow-Bermondts zu unterlassen und von der politischen und wirtschaftlichen Vergewaltigung der Randvölker, von jeder Ausnutzung dieser Völker zum Kampf gegen Sowjetrußland Abstand zu nehmen. Solange der westeuropäische Imperialismus das Chaos und die Anarchie im Osten künstlich aufrechterhält und die Ostländer als Werkzeuge seiner Politik mißbraucht, kann es nicht zum Frieden kommen.

Das deutsche Proletariat hat hierbei besondere Aufgaben zu erfüllen: Sein Kampf gegen die Russenpolitik der Westmächte ist zugleich

ein Kampf gegen die deutsche Gegenrevolution

die im Osten erstarkt. Das baltische Abenteuer der deutschen Militärs, das Auftreten des Grafen Goltz und anderer Offiziere, die Konspirationen zwischen den Häuptern der deutschen Schwerindustrie, des Adels und der Militärskamarilla mit den Führern der russischen monarchistischen Gegenrevolution geben den vollen Beweis, daß die deutschen Imperialisten und Militaristen bei günstiger Gelegenheit sich im Osten für ihre Verluste und Niederlagen schadlos halten und die russische Gegenrevolution als Sprungbrett für die Gegenrevolution in Deutschland benutzen wollen.

Die Zentralkommission und die Fraktion der Nationalversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die ablehnende Haltung der Entente den deutschen Imperialisten gegenüber macht diese in ihren Plänen nicht irre. Sie suchen die Furcht des Ententekapitals vor der deutschen Konkurrenz im Osten zu zerstreuen, indem sie ihnen die Vorteile der deutschen Waffenhilfe, die Tüchtigkeit der deutschen Generale und Landesknechte beim Feldzug gegen Moskau vor Augen führen. Die Aufforderung der Entente, an der Blockade Rußlands teilzunehmen, kommt den deutschen Feinden des Sozialismus und der Demokratie nicht unangelegen. Bietet ihnen die Entente als Gegenleistung mehr Soldaten für die Reichswehr und einen Teil der russischen Beute, so werden sie sich auch in dieser Frage mit dem „Erb- und Landesfeind“ verständigen.

Wir brandmarken die Pläne der deutschen Militaristen und Imperialisten, wie die gegenrevolutionären Maßnahmen der Ententeregierungen. Wir erheben unsere Anklage gegen die Verbrecher, die die deutschen Militaristen im Osten verüben. Wir protestieren gegen die Liebesdienste, die die Regierung ihnen und den ihnen verbündeten zaristischen Gegenrevolutionären erwiesen hat. Wir sagen schärfsten Kampf an der Verschwörung, die sich gegen die russische wie gegen die deutsche Revolution richtet. Diesem räuberischen, arbeitserfindlichen Treiben hat sowohl die Regierung: Scheidemann wie die Regierung: Bauer durch ihre Politik offen und insgeheim Vorschub geleistet.

Protest gegen die Interventionspolitik der Entente

im Osten. Diese Politik ist ein Verbrechen an den Völkern Rußlands und an der Zukunft der Welt. Wir begrüßen die Aktionen, die von unsern Genossen in den Ländern der Entente mit zunehmender Wucht gegen die Blockade Sowjetrußlands und für die Friedensverhandlungen mit der Sowjetregierung unternommen werden; auch wir sind entschlossen, diesen Kampf, den wir seit Monaten führen, mit aller Energie fortzusetzen. Das allein kann dem blutigen Chaos im Osten ein Ende setzen, den Sozialismus retten und das Aufsteigen einer finsternen Reaktion verhindern, die das Proletariat aller Länder bedroht.

Von der deutschen Regierung verlangen wir, daß sie endlich mit wirksamen Taten eine klare, ehrliche Stellung in der Ostpolitik einnehme. Alle Personen in amtlicher Stellung, die durch Handlungen oder Unterlassungen die jegliche Entwicklung Deutschlands im Osten verschuldet oder sich an der Verschwörung mit den russischen Gegenrevolutionären beteiligt haben, sind ihrer Posten zu entheben und unter Anklage zu stellen. Alle Militärs, die dem Rückkehrbefehl der Regierung keine Folge leisteten, sind unverzüglich ihrer staatsbürgerlichen Rechte verlustig zu erklären. Die Beteiligung an dem Menschenhändler für die russischen weißen Garden und die Verbungen unter den noch immer in Deutschland zurückgehaltenen russischen Kriegsgefangenen sind unter strenge Strafe zu stellen.

Die Aufforderung der Entente, an der Blockade Rußlands teilzunehmen, ist abzulehnen. Zugleich hätte die Regierung ihre Bereitwilligkeit zu erklären, unverzüglich die diplomatischen Beziehungen und den wirtschaftlichen Verkehr mit Sowjetrußland wieder aufzunehmen.

Ueber diese Mindestforderungen hinaus muß das deutsche Proletariat bereit sein, Anschläge von deutscher Seite gegen die Sowjetrepublik oder die russischen Randstaaten zu vereiteln und den Abwehrkampf unserer russischen Genossen zu unterstützen. Das deutsche Proletariat darf schon in seinem eigenen Interesse nicht dulden, daß die russische Revolution niedergeschlagen werde. Der internationalen Front des Kapitals gilt es, die

internationale Front des Proletariats

entgegenzustellen. Ueber die noch immer gesperrten Grenzen hinweg strecken wir den russischen Genossen die Bruderhand entgegen, von der Ueberzeugung durchdrungen, daß es dem gemeinsamen Kampfe des internationalen Proletariats gelingen muß, der Weltreaktion Herr zu werden und die Sache des Sozialismus zum Siege zu führen.

Roskes Vehrung.

In der Exfurter Tribüne lesen wir über die Vorgänge in Schmalkalden in Ergänzung unserer bisher gebrachten Nachrichten:

Die Verweigerung der Bestätigung des durch den Kreisrat zum Landrat gewählten Genossen Fögthor durch die Regierung und die Verletzung der Arbeiter hatten eine große Erbitterung unter der erwerbsfähigen Bevölkerung in der Schmalkaldener Gegend erzeugt. Die Arbeiter versuchten, durch eine Demonstration auf den durch die Regierung willkürlich eingesetzten rechtssozialistischen Landrat Schubert einzuwirken, um energische Maßnahmen zur Erfassung und gerechten Verteilung der Kartoffelvorräte in der Schmalkaldener Gegend zu erzielen. Hierbei kam es zu einer gereizten Auseinandersetzung zwischen Vertretern der Arbeiter und Schubert. Die Folge war der durch den provisorischen Landrat veranlaßte Anmarsch der Rosketruppen und die Verhaftung der Genossen Blechschmidt und Pappenheim.

Nach Artikel 18 der Reichsverfassung soll die Erklärung des Belagerungszustandes durch den Reichspräsidenten erfolgen. Doch in Schmalkalden haben wir erneut, wie sich der Militarismus auch im „neuen“ Deutschland über Recht und Gesetz hinwegsetzt. Durch rote Maueranschläge wird dort den Bewohnern mitgeteilt, daß die dem Volke durch die preussische Verfassung vom 31. Januar 1850 zugesicherten staatsbürgerlichen Rechte außer Kraft gesetzt werden und an ihre Stelle die militärische Diktatur trete. Daß der Roskemilitarismus sich nicht damit kümmert, daß sich nach dem 9. November 1918 in Preußen-Deutschland andererseits geändert und in Preußen sowohl als auch im Reich neue Verfassungsurkunden Gesetzeskraft erlangt haben, ist zwar nicht verwunderlich, aber kennzeichnend für die vielgerühmte „Demokratie“, die nach den Behauptungen der Rechtssozialisten heute zur Herrschaft gelangt sein soll.

Die Arbeiterschaft Schmalkaldens hat, wie schon mitgeteilt, als Antwort auf die militärische Willkür, veranlaßt durch den rechtssozialistischen Landrat, den General Fögthor proklamiert. Am Sonntag versuchte dann der Vorsitzende der Bezirksorganisation der unabhängigen Sozialdemokratie, Genosse Mehrhof aus Erfurt und eine Deputation Schmalkaldener Arbeiter mit dem rechtssozialistischen Landrat, dem Kommandeur der Reichswehrtruppen und dem Bürgermeister von Schmalkalden Verhandlungen zur Befriedung der Differenzen anzuknüpfen. Im Verlaufe der Verhandlung wurde vom Landrat behauptet, daß etwa 250 Gewehre, die sich im Gewahrsam des Arbeiterrats befanden, gestohlen worden seien. Genosse Mehrhof erwiderte, daß die Arbeiterräte für die restlose Ablieferung der Waffen niemals Garantie übernehmen könnten, weil sie auf Wildschützen, Kriegsverbrecher und Schlägler keinen Einfluß ausüben könnten. Es sei aber eine bekannte Tatsache, daß diese Kreise der Bevölkerung besser bewaffnet seien als die Arbeiter. Doch seien die Arbeiterräte gern bereit, die Bevölkerung durch einen Aufruf in der Presse aufzufordern, die Waffen abzuliefern. Um eine Wiederaufnahme der Arbeit herbeizuführen — so führte Genosse Mehrhof weiter aus —, sei die Einberufung einer Versammlung notwendig. Falls die Abhaltung dieser Versammlung vom Landrat gestattet und die Zustimmung gegeben werde, daß die Behörden bereit seien, für die Aufhebung des Belagerungszustandes zu wirken, dann würden es die Arbeiterräte für ihre Pflicht erachten, den Arbeitern die Aufnahme der Arbeit zu empfehlen.

Major Dietrichs, der Kommandant der Truppe, zeigte sich geneigt, die Versammlung zu erlauben. Doch der rechtssozialistische Landrat gab erneut die Erklärung ab, daß die Einberufung der Versammlung nicht gestattet werden könne. (!) Er beharrte auch dann bei seiner Weigerung, als ihn Genosse Mehrhof auf das Behängnisvolle seines Tuns aufmerksam machte, und besonders betonte, daß eine Versammlung die einzige Möglichkeit biete, mit den Arbeitern eine Verständigung herbeizuführen. Das müsse der Herr Landrat, der doch Anspruch darauf erhebe, ein Sozialist zu sein, selbst am besten wissen. Durch ein längeres Fortbestehen des Belagerungszustandes werde es dem Landrat zwar gelingen, eine gewisse Ruhe herzustellen, doch sei das eine eigenartige Ruhe, eine Ruhe vor dem Sturm! Die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage sei ernst, und wenn die Regierung und ihre Vertreter fortfahren, diese Ernährungsschwierigkeiten mit solchen aufreizenden Mitteln zu bekämpfen, dann stehe uns im kommenden Winter noch Schlimmeres bevor.

Major Dietrichs bedauerte, daß eine Verständigung so schwer sei. Auch er sei der Meinung, daß Misverständnisse beseitigt werden müßten, um zu gesunden Verhältnissen zu gelangen. Doch Herr Landrat Schubert hielt sich frei von sentimentalen Anwandlungen und beharrte nach wie vor bei seiner Weigerung, die Versammlung zu gestatten. Im übrigen gab er als Antwort auf die Bemühungen der Arbeiterräte, die Differenzen beizulegen, eine nichtsagende Erklärung ab.

Also auch in Schmalkalden soll die Gewalt über die Vernunft und das Recht siegen. So will es dieser rechtssozialistische Landrat und seine Hintermänner. Es herrscht Ruhe in Schmalkalden! Roske und seine Jünger sagen: Nach uns die Sintflut!

Die Gegenrevolution im Osten.

Die Reichsregierung läßt offiziell erklären, daß sie über die gegenwärtige Lage im Baltikum ohne jede Nachricht sei. Mit General v. Eberhardt, der an Stelle des Grafen v. d. Goltz seine Rückzugsstrategie durch Schanzarbeiten bei Schaulden in die Praxis umsetzt, sei keine direkte Verbindung vorhanden. Hingegen erhielten die militärischen (!) Stellen Nachrichten, wonach sich die Litauer Truppen konzentrierten und den Rückzug bedrohten.

Daß diese Tendenzmeldungen lediglich dazu berufen sind, das weitere Verbleiben der deutschen Landesknechte zu bemänteln, liegt klar zutage. Zudem handelt es sich bei den Landesknechtescharen des Generals v. Eberhardt um die kleinere Hälfte der deutschen Truppen. Der größere Rest unter Major Bischof bleibt bekanntlich als Eiserner Division zurück.

Inzwischen gehen die Truppennachschübe nach dem Osten trotz aller gegenteiliger Versicherungen und Behauptungen

der Regierung lustig weiter, wie aus nachfolgendem hervorgeht:

Berlin, 22. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der V. A.) Die Freiheit bringt interessante Mitteilungen für die Methoden, wie nach wie vor von gegenrevolutionären Offizieren deutsche Soldaten für die Eiserne Division im Baltikum mobil gemacht werden. Nachdem Krüger schon ein Teil der Annaburger Jäger mit Gewalt die Grenze überschritten, hat nunmehr auch das Infanterieregiment 21, das bisher in Thorn als Grenzschutztruppe stationiert, alle Vorbereitungen zu einer ähnlichen Grenzüberquerung getroffen. Die Truppe ist bereits unter falscher Vorplanung nach dem Truppenlager Kunitze abmarschiert, um sich mit dem dortliegenden Detachement Kopbach zu vereinigen. Mit ihm gemeinsam, soll dann der Grenzübertritt erfolgen.

Der frühere Kommandeur des Regiments, der sich jetzt in Kurland aufhält, hat die Rekrutierung eingeleitet. Die Regimentsoffiziere haben die Truppen tagelang bearbeitet, ihnen allerlei verlockende Versprechungen über Schminke, Verpflegung und gute Beute gemacht, und sie dadurch für den Plan gewonnen. Die Leute wurden vollständig mit Winterkleidung ausgerüstet. Sie erhielten außer Kuzus und Mantel drei Stollböden, drei Paar Stiefel, zwei Deuben, zwei Unterhosen, eine Unterjacke, sowie Kopfschüler und Schal. Der Centunant ließ sich sogar vom Zahlmeister die Spargelbörse der Mannschaft ausgeben und sagte den Truppen, daß sie das Geld nach gelungenem Grenzübergang von ihm auszuschütten bekämen. Um einzigen Zwischensachen aus dem Weg zu räumen, erhielten die Mannschaften einen Entlassungsschein, auf dem der Entlassungsort noch unangefüllt war, so daß er noch Bedarf ausgefüllt werden kann. Diese Entlassungsscheine sollten von den Mannschaften benutzt werden, falls sie vor dem Grenzübergang zerstreut würden.

Die Freiheit meint dazu: „Bei dem engen Zusammenarbeiten der deutschen militärischen Stellen mit den russischen Verschwörern ist kaum zu erwarten, daß ihnen beim Überschreiten irgendwelcher Schwierigkeiten gemacht werden.“

Es kann nicht wundernehmen, daß die Rosketruppen offen meutern und ihren Offizieren ins Baltikum folgen, wenn sie sehen, wie Roske seine tüchtigen Generale vom Schlege v. d. Goltz öffentlich belohnte. Roske ernübert geradezu die Landesknechte zu ihrem landesverräterischen, Deutschland schwer schädigenden Treiben!

Noch immer Kämpfe um Kronstadt.

Nach einer Meldung aus Judentisch Quartier, das noch nicht in Petersburg liegt, fanden um Kronstadt heftige Kämpfe statt, an der auch die englische Flotte teilnahm. Judentisch kann nichts von einem Fall Kronstadts melden. Starke bolschewistische Kräfte halten sich noch am Pelvudsee.

Von Kosaken niedergemetzelt.

Nach einem Reuters Telegramm umgingelten gegenrevolutionäre Kosaken eine größere Abteilung Rotarbeitern (angeblich 1000 Mann) und „machten sie teilweise (!) nieder“.

Stockholmer Kundgebung für Sowjetrußland.

Stockholm, 21. Oktober. In Stockholm protestierten am Sonntag über 10000 Arbeiter in einer großen Demonstration gegen die Blockade Rußlands und die Intervention der Alliierten.

Ein Aufruf der französischen Gewerkschaften.

Die Confédération générale du Travail hat folgenden Appell an die Arbeiter aller Nationen herausgegeben:

Annahme aus Gründen der Menschlichkeit.
Annahme aus Gründen der Gerechtigkeit.
Annahme aus Anlaß des Friedens.
Kein Friede ist möglich, ohne daß die Verurteilung völkischer oder militärischer Verbrechen ausgesprochen werden, noch ohne daß die Bedingungen der Ausnahmsgerichtsverfahren, die der Krieg geschaffen hat.

Das Land verlangt die Annahme. Es ist erkannt, entziffert, daß diese Maßnahmen der Gerechtigkeit noch nicht in Angriff genommen sind.

Zeit Monaten erwarten Tausende von Familien Anlaß die Befreiung derjenigen, die gefangen bleiben als Opfer des sozialen Kampfes.

Für die Streiker, für die kämpfenden Arbeiter, für alle die, die geschlagen wurden, indem sie ihre Ideale verteidigten, die Annahme. Annahme auch für die Soldaten, die nur belangt wurden, um die Schwächen der Vorgesetzten zu verdecken, die niemals verfolgt, niemals bestraft wurden, welches auch die schrecklichen Folgen ihrer Fehler sein mochten.

Annahme auch für die Matrosen, für die vom Schwarzen Meer, deren Protest die Vornehmheit ihrer Befehle enthielt, und die verurteilt wurden, weil sie der Stimme ihres Gewissens gehorchten. Annahme für die Opfer der Kriegsverbrechen, die die Arbeiterklasse weniger als je anerkennt.

Annahme für alle jene, die auf dem Verwaltungsweg und eigenmächtig von Disziplinarkräften und Abberufung betroffen worden sind.

Annahme auch für die Häftlinge der Konzentrationslager, deren Schande noch sechs Monate nach Beendigung der Feindseligkeiten fortbesteht.

Alle Vuren einer hassenswerten Unterdrückung während des Krieges müssen verschwinden, die unerträglicher und noch hassenswerter bei der Rückkehr zum Friedenszustand wirken.

Die Regierung und das Parlament können und müssen diese Maßnahmen verwirklichen.

Die Generalkommission der Arbeit richtet an die Organisationen, an die Arbeitermassen, an das Volk dieses Landes den Appell, daß durch den Druck aller ihrer Kräfte dieser Akt der Gerechtigkeit durchgesetzt werde.

Dieser Schrei der Gewissen möge widerhallen:
Annahme! Annahme!

Henri Barbusse für Sowjetrußland.

Nach W. Z. A. veröffentlicht der berühmte Dichter und Pazifist Henri Barbusse in der Humanität einen klammernden Aufruf unter der Überschrift Nous accusons! (Wir klagen an!), in der er die kaiserlichen Regierungen der Entente anklagt, Jariken wie Koltischal und Denikin zu unterstützen und deutschen Soldaten Waffen zu belassen, damit sie sich zu Helfershelfern der Reaktion in Rußland machen. Das internationale Konsortium der Imperialisten, Militaristen und Handelsleute kämpfe gegen das sozialistische russische Regime, das auf Weltfrieden ausbaut sei. Man müsse die menschliche Wahrheit retten, indem man die russische Wahrheit rette. Das Volk müsse endlich wissen, gegen wen es marschieren soll, und es müsse begreifen, daß, wenn es die Reaktion in Rußland stärke, es gegen sich selbst arbeite.

Eine Kundgebung der Pariser Sozialisten.

Nach einer Meldung der Humanität fand vor einigen Tagen in Paris eine von 8000 Teilnehmern besetzte Versammlung der Sozialdemokratischen Partei der Seine statt, auf der u. a. Marcel Cachin und Conguet sprachen. Zum Schluß wurde folgende Tagesordnung angenommen:

Die am 12. Oktober verfaßten Artikel der Seine und von Paris verpflichten sich, eine sofortige und energische Aktion zu unternehmen, um die von der europäischen Bourgeoisie verfolgte russische Revolution zu retten, außerdem eine völlige und restlose Amnestie zu erlangen, die Freilassung der tapferen Matrosen der Schwarzmeerflotte zu erreichen und im nächsten Augenblick einen Block zu bilden gegen alle veränderten Kräfte der Reaktion zur Vorbereitung der sozialen Revolution der Arbeiterinternationalen.

Die Schmuggelendung des Herrn Dr. Gradnauer.

Das Konstanta wird uns gefolgt: „Unter falscher Flagge?“ Dieser haben die Beteiligten „unter falscher Flagge“ die „Vollziehung des Artikels“ unter falscher Flagge. Dieser haben die Beteiligten „unter falscher Flagge“ die „Vollziehung des Artikels“ unter falscher Flagge. Dieser haben die Beteiligten „unter falscher Flagge“ die „Vollziehung des Artikels“ unter falscher Flagge.

Ein empfindlicher Vorfall.

Man sollte denken, daß heute, wo die Autokratie des auf den Trümmern des Zusammenbruchs aufgehauten Staates zum großen Teil auf der peinigtesten Rechtschaffenheit seiner Beamten beruht, darauf besonders Augenmerk gerichtet wird. Das scheint aber nicht der Fall zu sein, denn dieser Tage muß uns die Presse der benachbarten Schweiz, aus deren Mitteilungen wir uns häufig bedienen, eine Angelegenheit vorhalten, die uns deutsche Grenzangelegenheiten, aber auch das Ansehen des neuen Reichs in die peinlichste Lage versetzt. Die Thurgauer Zeitung in Aarau schreibt nämlich in ihrer Ausgabe vom 17. d. M.:

„Von der Grenze wird dem Schaffhauser Intelligenzblatt geschrieben: Die Frage ist nicht vereinigt, daß diplomatische Kurierleistungen zu Schmuggelungen benützt werden. In der Grenzlinie konnten wir solche Beobachtungen früher öfters machen. Nun sollte man meinen, das neue deutsche Regime würde solche Verhältnisse abgestellt haben. Weder trifft dies nicht zu; die Grenzüberwachung muß auch heute an solchen Erscheinungen ihr Interesse nehmen. Vor wenigen Tagen wiederum hat ein umfangreiches deutsches Kuriergepäck an der Grenze Ansehen erregt. Es mag reichlich 600 Kilo gewogen haben. Wir liegen uns von deutscher Seite beständig, daß sich sogar das Zuchtmittel in Tullingen verpackt hat, auf dieses „Kleinformat“ aufmerksam zu werden. Erst nachdem vom Hauptzuchtmittel in Aarau die Bewilligung zur Zollrevision des Gepäcks bewirkt worden war, wurde dieses vom Zuchtmittel Tullingen abgefertigt. Kein Wunder: Kamische Koffer, Säcke und Beutel waren mit Kaffee, Zigaretten, Schokolade, Kakao und Reis angefüllt. Diese Sendungen waren in fertige Pakete verpackt, und unter dem doppelten Umschlag befanden sich die Adressen der deutschen Empfänger.“

Es scheint also festzustellen, daß im deutschen Kuriergepäck 600 Kilo Schmuggel- und Liebeswaren befördert worden sind. Es ist wohl nicht mehr als billig, daß die Anwesenheit aufgefassen und ein Exemplar statuiert wird, das den Schiedern auf diesem Gebiet ein für allemal das Handwerk legt. Es ist aber dauerlich genug, daß dergleichen überhaupt nur möglich ist.

Wenn in der Pressemitteilung des Schaffhauser Intelligenzblattes vom württembergischen Zuchtmittel Tullingen die Rede ist, schließt dies nicht aus, daß die baltische benachbarte Station Amendingen für die Befehlshaber in Betracht kommt. Es wird angeordnet, daß einige Energie erforderlich war, bis man bei der Diplomatie der baltischen Republik in Riga Ruhe den Willen beschloß, dem Kuriergepäck in das diplomatische Innere schauen zu dürfen. Das baltische Zuchtmittel scheint energisch auf der Verfolgung bestanden zu haben. Die in der Zentrale der U. Z. V. in Berlin entdeckten Nachrichtenverträge wurden sich endlich setzen lassen, neben den Kaffee- und Schokoladenpaketen, die an Dr. Gradnauer abgefertigt sind. Ja, ja, wahr man zu Amt und Würden kommt!

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung.

Verhinderte Friedenämtdmöglichkeiten.

Aus Berlin wird uns gemeldet: Im Reichstage trat am Dienstag der zweite Untersuchungsausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der sich mit den Friedensmöglichkeiten zu beschäftigen hat, zur ersten öffentlichen Sitzung unter dem Vorsitz des deutschnationalen Abgeordneten Barwitz zusammen. Der frühere Reichstanzler v. Bethmann-Hollweg, Reichsanwalt a. D. Dr. Helfferich und der frühere Reichshofrat Graf Bernstorff waren anwesend. Als Sachverständige waren geladen: Professor Dr. von Müllner; Professor Hübner und Professor Dr. Dietrich-Schäfer. Von der U. Z. V. nahen der Abg. Cohn den Ausbruch an.

Der Vorsitzende eröffnete mit einigen einleitenden Worten über die Aufgaben des Ausschusses die Sitzung; in erster Reihe habe der Untersuchungsausschuß die Vermittlungsaktion: Wilsons auszuführen. Es sei zu berücksichtigen, daß der Untersuchungsbericht nach Tausenden festliche, kein Schuldverteil abgeben. Ein Urteil zu fällen, sofern sich das Material vielleicht gegen eine bestimmte Persönlichkeit verdreht hat, würde Sache des Staatsgerichtshofes sein, wenn nämlich das Gesetz, welches die Bildung eines solchen vorsieht, auch nach dieser Richtung hin ausgebaut sein würde. (!!)

Nach Verlesung der drei Sachverständigen erstattet Abg. Dr. Einshelmer (Zol.) das Referat. Dem Ausdruck haben bisher nur die Bedenken des auswärtigen Amtes zu Gebote gestanden, nicht die des Kriegsministeriums und der anderen Ressorts. 1916 wurden dem Grafen Bernstorff genaue bestimmte Instruktionen übergeben, einen Friedensappell Wilsons herbeizuführen.

Graf Bernstorff hatte auf die Bereitwilligkeit Wilsons hingewiesen, den Frieden zu vermitteln. Leider wurde die öffentliche Meinung in Amerika immer wieder zu untern Ungunsten beeinflusst, insbesondere durch die belgische Deportation und die Wirkung des U-Boot-Krieges. Am 18. Oktober 1916 hatte Herr v. Bethmann im Hauptquartier eine Unterredung mit dem Grafen Burian, und es erfolgte das deutsche Friedensangebot. Das Vorliegen dieses Friedensangebots wurde Anfang Dezember dem Grafen Bernstorff mitgeteilt; er möge darauf dringen, daß Wilson möglichst bald die Friedensaktion übernehme. Gleichzeitig sollte eine neutrale Macht mit, daß ein Aufruf erst zu nehmender Friedensappell Wilsons in Aussicht stünde, auf den auch die andere Seite eingehen werde, wenn offen und klar die Erklärung abgegeben würde, daß der Status quo (der Zustand, wie er vorher war) wieder hergestellt würde und in bezug auf Wessien der Frieden wieder aufgemacht würde. Dieser amtliche Schritt der neutralen Macht war bereits am 18. Dezember 1916 in Berlin bekannt, am 20. Dezember antwortete Staatssekretär Zimmermann, daß er auf die Forderung nicht eingehe. (!!) Es bleibt festzustellen, ob etwa damals mittelbarerweise ein Einfluß ausgeübt worden ist. Das läßt sich nur durch Vernehmung der Zeugen klären. Am 2. Januar 1917 wurde dann der rücksichtslose U-Boot-Krieg beschlossen, vor dem Graf Bernstorff wiederholt energisch gewarnt hatte. Es würde sonst unbedingt zum Kriege kommen;

auch seien die Wilsonschen America's unerforschlich.

Am 26. Januar telegraphierte Graf Bernstorff, daß Oberst Hönse im ausdrücklichen Auftrag Wilsons und von neuem Friedensvermittlungen angeboten habe; er wolle unter allen Umständen diesen Krieg vermeiden und wüßte eine Verständigung ohne Sieger und Besiegte. Alle Vorbereitungen zur Friedensaktion seien getroffen. Darauf reiste Bethmann nach dem Hauptquartier und es telegraphierte an Bernstorff, es sei zu spät, eine Maßnahme des U-Boot-Krieges sei nicht mehr möglich. (!!) Die deutsche Regierung sei aber bereit, ihm vertraulich die Friedensbedingungen mitzuteilen. Dies geschah am 28. Januar behufs Mitteilung an Wilson. Es heißt aber nun in diese

Waffelung, es seien die Bedingungen, unter denen Deutschland bereit gewesen wäre, am 12. Dezember Frieden zu schließen. Am 31. Januar wurde dann die Note über den rassistischen U-Boot-Krieg übergeben, worauf der Abbruch der Beziehungen mit Amerika folgte. Auch damit habe sich Wilson offenbar noch, in den Krieg einzutreten, worauf die Tatsache hinweist, daß er die gleichzeitige Erklärung des österreichischen Vorkriegsverteilers verweigerte. Neben die Schweiz ist dann gemeldet worden, Wilson habe weiter den Frieden zu vermitteln und verlange nur eine Erklärung, daß Deutschland die Anwendung des rassistischen U-Boot-Krieges auf Amerika nicht ins Auge fassen, oder es wieder zurückzuziehen. Darauf wurde ablehnend geantwortet und am 1. März wurde der Krieg erklärt, nachdem das mexikanische Telegramm Zimmermanns bekannt wurde, das schon im Januar abgeschlossen worden war.

Graf Bernstorff erklärte sodann bei seiner Vernehmung n. a. folgendes: Als ich nach der Lusitania-Anglegenheit eine Audienz beim Präsidenten Wilson bekam, sagte er, wir sollten durch Nachgeben im U-Boot-Krieg einen Appell an die Moral richten, da wir durch Gerühmtheit und nicht mehr durch Waffen der Krieg endgültig entschieden werden könnte. Würden wir den U-Boot-Krieg ausgeben, so würde er auf die Aufhebung der englischen Auswanderung drängen. Das englische Kabinett werde darauf eingehen, und er hoffe, daß damit der Anfang gemacht sei für eine Friedensaktion im großen Stile. Das war am 2. Juni 1915. Auf Anfrage Dr. Cohns erklärte Graf Bernstorff, den Eindruck gehabt zu haben, daß die amerikanische Regierung durch das deutsche Friedensangebot ziemlich enttäuscht war, weil ihr dadurch die Möglichkeit genommen wurde, den ersten Schritt zu tun. Abg. Dr. Einshelmer: Ich stelle als Ergebnis der heutigen Sitzung fest: Haben Sie (zu Graf Bernstorff) die Instruktion in dem Sinne ausgelegt, daß Sie den Präsidenten Wilson oder Oberst House zurechnen oder beeinflussen sollten, eine Friedensaktion zu unserer Gunsten zu unternehmen? — Graf Bernstorff: Ja. (Bewegung.) — Abg. Dr. Einshelmer: War Wilson bereit, diesen Wünschen zu entsprechen? — Graf Bernstorff: Ja. — Abg. Dr. Einshelmer: War innerhalb dieses Rahmens, der Ihnen gesteckt war, Wilson bereit, auf eine Friedenskonferenz mit internationaler Grundlage einzugehen, auch ohne konkrete Friedensvorschläge unsererseits? — Graf Bernstorff: Ja. (Bewegung.)

Darauf wird die Vernehmung abgebrochen.

Die Ermordung der 21 katholischen Gesellen.

München, 21. Oktober.

Heute vormittag begann der Prozeß gegen vier Angehörige der Reichswehr, die beschuldigt sind, sich am 6. Mai 1919 an der bestialischen Ermordung von 21 Mitgliedern eines katholischen Gesellenvereins beteiligt zu haben, die unter dem Verdachte festgenommen worden waren, daß sie Spartakisten seien. In dem blickbefehlenden Justizraum sollen zahlreiche Frauen in Trauerkleidung auf. Es sind die Angehörigen der Getöteten. Während der Verlesung der Anklage und auch während der Vernehmung des Hauptbeschuldigten Müller hört man lautes Schluchzen und Weinen, sowie Anse der Entrüstung.

Zur Vorgeschichte des Prozesses meldet eine Korrespondenz: Am Abend des 6. Mai 1919 beim Regiment Alexander von der Garde-Schützenbrigade die Meldung ein, daß im katholischen Gesellenverein in der Augustinstraße Spartakisten eine heimliche Versammlung abhielten. Auf Befehl des Hauptmanns von Alt-Sutterheim von der ersten Kompanie wurde Offiziersstellvertreter Paul Priebke mit einem Kommando Soldaten abgesandt, um das Spartakisten auszuheben. Man fand dort 20 Personen verammelt, die in Wirklichkeit aber keine Spartakisten, sondern harmlose Vorstandsmitglieder des katholischen Gesellenvereins waren und die Vereinsangelegenheiten besprachen. Ihre Vernehmung, daß sie keine Spartakisten seien, blieb unbeachtet.

Der Führer der Soldaten ordnete ihre Abführung nach dem Hofgartenpark an. Als sie in den im Keller gelegenen Ostsaal geführt wurden sollten. Die Festnahme und Abführung vollzog sich schon unter schweren Mißhandlungen. Untenweg schloßen sich dem Transporte sehr viele Soldaten an, die sich auch an der Mißhandlung beteiligten. Die Erbitterung der Soldaten wuchs, als untenweg plötzlich ein Schuß fiel (der berühmte Schuß des 2. B.) durch den ein Sanitätskollekt von der Reichswehr getötet wurde. (Als war der Schuß von einem Kosaken abgegeben. Red. 2. B.) Mit dem Transporte drangen die Soldaten in den Hofraum des Hofgartens ein und fielen nun über die angeblichen Spartakisten her. Es wurden hier bereits sieben Gefangene niedergemetzelt. Die Soldaten schürten den übrigen Gefangenen, die in den Keller gerettet werden konnten, nach und richteten hier ein furchtbares Blutbad an. Die Gefangenen mußten sich auf Befehl mit dem Gesicht nach unten auf den Boden legen und es wurde dann blindlings auf sie geschossen und eingeschossen. Es wurden noch weitere 14 Personen getötet, so daß 21 Tote und Leben kamen, während die Überlebenden 5 Personen zum Teil sehr schwere Verwundungen erlitten. Als an der Blutspur festgestellt hat die Anklage vier Soldaten ermittelt. Jakob Müller, Konstantin Matowski, Otto Grubisch und Fritz Kreiner. Die Anklage gegen sie lautet auf vorbildlichen Mordschlag und Mordschlagversuch, dagegen nimmt die Anklagebehörde, die Staatsanwalt Dr. Wuppler vertritt, an, daß die Tat ohne Überlegung erfolgt sei. Wie ein Verleerer hat insbesondere der Angeklagte Jakob Müller geantwortet. Auf sein Schuldsitzen fallen 14 Urkunden. (1) Er hat schon im Laufe mehrere Gefangene mit seinem Revolver erschossen. Als er im Keller keine Patronen mehr gefunden und sein Seitengewehr stumpf geworden hatte, entlich er einem dabeistehenden Schützen das Seitengewehr und schlug mit ihm auf die am Boden liegenden wehrlosen Opfer ein. Der Mordende konnte auch in seinem Blutanschlag nicht durch ruhiger preussische und bayerische Soldaten von seinem Morden abgehalten werden.

Der Angeklagte Müller, Ritter des Eisernen Kreuzes, bekundete u. a.: Es wurde uns von unseren Vorgesetzten wiederholt gesagt, es würden uns in München wahrscheinlich die Augen um die Ohren stecken.

Wir sollten keine Mühsicht nehmen, wenn wir Spartakisten erwischten.

um unser eigenes Leben zu retten. Es handelte sich bei den Spartakisten meißt um ausländisches Gesindel, Russen und Ukrainer, die durch ausländisches Kapital unterstützt wurden, um die Münchner Bevölkerung ins Unglück zu stürzen. Es wurde uns wiederholt gesagt, wir sollten draussehen, wenn wir Spartakisten erwischten; sie seien Lumpen, die auch keinen schonen. Je ärger wir drausgingen, desto eher würde wieder Ruhe in München. Wie viele Leute geschossen haben, weiß er nicht; doch waren es mindestens 10 Mann. Daß er das Kommando gegeben habe, die Leute sollten sich hinlegen, leunert der Angeklagte, ebenso, daß er mit seinem Seitengewehr bestialisch auf die Opfer eingeschossen habe. Der Vorsitzende hält ihm als Gegenbeweis dafür das Seitengewehr mit dem unangeordneten Spitze vor Augen. Der Angeklagte behauptet, auch nicht zu wissen, wieviele Leute er erschossen habe, da er zu abgelenkt gewesen sei.

Der Angeklagte Matowski, feinerakt Vizefeldwebel im Alexander-Regiment, erklärte, daß es scheißen habe, ein Spartakisteneinfeld sei ausgehoben worden. Müller habe am tollsten gehandelt. Der Angeklagte Grubisch belastet ebenfalls Müller schwer. So habe er gesehen, wie Müller einen Revolver in die Hand genommen und mit ihm beschossen habe, bis das Geschütz versagte sei.

Der Angeklagte Kreiner erklärte, im Keller hätten 8 Mann mit Gewehren geschossen.

Schreiner Josef Acher sagt aus: Auf der Straße seien sie zu weilen aneinandergerichtet worden. Schon auf dem Transporte sei auf die Verhafteten mit Revolvern und Gewehren geschossen worden. Dabei habe sich Matowski in ganz gemeiner Weise hervorgetan. In dem Hause des Hauptmanns Sutterheim angekommen, hätten sie dem Hauptmann erklärt es liege ein Jertum vor, sie seien keine Spartakisten.

Dieser habe erwidert, das geht mich nichts an. Matowski hat in Gegenwart des Hauptmanns auf die Leute eingeschlagen, auf dem Transporte war schon immer gesagt worden, daß

wir erschossen werden müßten. Als wir erklärten, wir seien katholische Gesellenvereinsmitglieder, wurden wir mit Ausdrücken, wie „katholische Schweinehund“ bedient. Darauf kamen wir an das Haus Carolinenplatz 5. Als wir den Hofraum betraten, fielen gleich Schüsse. Wir wurden in den Keller hinabgeschoben. Am Eingang stand Matowski und schlug jeden der Verhafteten. Im Keller waren wir etwa 15 Personen. Darin kamen die Soldaten in den Keller, unter ihnen Matowski, und belasteten uns, uns mit dem Gesicht auf den Boden zu legen. Dann lagen wir am Boden, fielen die ersten Schüsse. In unserer Todesangst standen wir wieder auf. Meine Kameraden fielen dann von Augen getroffen ins Boden. Einer rief: Wenn ihr uns schon erschießt, so laßt uns wenigstens ein „Rater“ unter“ bieten. Es half aber alles nichts.

An der Nachmittagssitzung erklärte derselbe Junge Acher, daß Matowski den Befehl zum Niederlegen gegeben habe. Die Situation sei grauenhaft gewesen. Die Soldaten seien ihnen mit den Pistolen auf dem Kopfe herumgetreten und hätten auf sie eingeschossen. Einer um den anderen sei niedergeschossen oder ihm der Kopf abgeschossen worden. Einem preussischen Gelehrten verdanke er seine Rettung. Auf die Frage des Vorsitzenden erklärt der Junge wiederholt mit Bestimmtheit, daß Matowski derjenige sei, der die Leute mißhandelt hat. Ueber den Angeklagten Müller behauptet der Junge, er habe blindlings in die Leute hineingeschossen und mit dem Seitengewehr nur so umeinander geschlagen. Er sei auch der erste gewesen, der geschossen habe. Einige Tage später sei er Matowski begegnet und habe ihn genau wiedererkannt. Er habe auch an das Gerbergericht telephoniert, daß man den Mann hinter Schloß und Riegel setze, aber man habe ihn laufen lassen.

Deutschland. Freie Oberl quasselt.

Herr Reichspräsident“ Oberl, von dem die Welt seit seinem Wahlsiege im Mittel Frankreich Großstädter nicht mehr vernahm, hat das Bedürfnis gehabt, sich einem spanischen Journalisten gegenüber über die Lage auszusprechen. Sie sei schwierig. Und die Regierung sei mit ganzer Kraft (siehe Post) entschlossen, sie zu bessern. Zwar läßt der Reichskanzler immer hoffnungsvoller, doch was tut es, Herr Oberl kundigt außer den Manieren auch dem wilhelmianischen Optimismus. Meinte doch die republikanische Freiheit: Die Stellung der Regierung gegenüber den Angriffen von rechts und links seien heute stärker denn je. Die äußerste Linke werde jeden Tag schwächer.

Die Informationen, die Herr Oberl von seinem Außenfreund Noke bezieht, berechnen also zu den schärfsten Hoffnungen.

Wilhelm II. klagt.

Berlin, 21. Oktober. Berliner Blätter melden: Der ehemalige Kaiser denkschriftliche Berliner Reichstagsrat, gegen Ferdinand von Sion, den Verfasser des (von Noke verbotenen) Red. 2. B.) Kaiserfilms, Klage zu erheben wegen Beleidigung und Mißbrauch seines Bildes und auf Unterlassung der Aufführung, die bisher nur in Berlin verboten war.

Die Bewegung gegen die fremde Besatzung.

Duisburg, 22. Oktober. Aus Aresfeld wird berichtet: Hier ist gestern nachmittags um 3 Uhr die gesamte Arbeiterschaft in den Arbeiterklub getreten. Um 4 Uhr stellten sich die Straßenbahnen ihre Tätigkeit ein. Der gesamte Verkehr am Abend ruhte. Die Spitze der Staatsbahn schoben ebenfalls nicht mehr. Bei einer Demonstration, die unter freiem Himmel stattfand und an der mindestens 15 000 Personen teilnahmen, wurde in einer Enthusiasmus energischer Protest gegen die Besatzungstruppen erhoben.

Generalstreik in Saarbrücken.

Frankfurt a. M., 22. Oktober. (Z. M.) Nach Meldungen aus Saarbrücken ist dort aus neue Generalstreik ausgebrochen. Die Eisenbahner und die Metallarbeiter legten gemeinsam die Arbeit nieder. Der Belagerungsstatus wurde erklärt. Die Eisenbahner verlangen die unmittelbare Durchführung ihrer bereits früher aufgestellten Forderungen. Die Beteiligung der anderen Arbeiterkategorien ist als Sympathiestreik für die Eisenbahner anzusehen.

Das gestohlene Deeresgut. Durch Untersuchungen, die das Reichsverwaltungsamt eingeleitet hat, sind bisher 12 000 Einzelstücke von Deeresgut beschlagnahmt worden, die einen Wert von rund 150 Millionen Mark darstellen. Die Untersuchungen fördern noch fortgesetzt neue Fälle zutage, so daß mit mehreren hundert Millionen gerechnet werden darf, die der Reichsfläche gerettet wurden. Das Bleichschadon machen indes die nicht festgestellten und nie feststellbaren Verbrechen aus.

Die Wirkungen der „Kautschumpremie“. In der Volkerversammlung der Arbeitlosen der Groß-Berlin wurde mitgeteilt, daß von 600 Frauen, die in einem Monat in Berlin unter Attentatskontrolle gekommen sind, 500 erwerbslose Frauen waren. — Man vergleiche mit dieser Feststellung das Geschrei der arbeitlosen Arbeiter, die sich nicht genügend über die zu hohen Unterhaltungsgebühren für Erwerbslose entrichten kann. In Wirklichkeit sind die arbeitlosen Mädchen in Berlin bei 3,50 täglichem Unterhaltungsgebühren gezwungen, sich dem Prostitutionsverkehr hinzugeben.

Die „Menschenjournale“. Philipp, du mußt den Kaiser absetzen! soll Noke am 7. November aus Kiel an Scheidemann telegraphiert haben, da er erkannt habe, daß der Matrosenaufstand nicht eine laute Revolte, sondern der Auftakt der Revolution sei. So behaupten jetzt rechtssozialistische Blätter. Um zu beweisen, daß letztere die Abhängigen der Revolution zum Siege geführt und zweitens ihr David und Scheidemann nicht daran gedacht hätten, die Monarchie zu retten. Wobei sie nur vergessen; daß die Abdankung des Kaisers gerade das Mittel sein sollte, die Revolution zu verhindern! Daß Oberl und Scheidemann alles dazu getan haben, was sie konnten, dafür ist ihnen von Prinzen Max öffentlich gedankt worden, das bezogen noch ihre Flugblätter an die Berliner Arbeiter am 9. November, das bezogen Davids Bemühen, für den Enten Wilhelm den Thron zu retten. In der Tat, wichtige Revolutionäre!

Kleine Auslandsnachrichten.

Selbständigkeitsbestrebungen im Elßah.

London, 21. Oktober. Reuter meldet: In Straburg ist eine Versammlung aufgetreten worden, die auf die Zentralisierung des Elßah-Rothens gerichtete ist. Der Führer Richter und zwei andere Verantwortliche wurden verhaftet. Ein Gewerkschaftsführer, ein leitender elßah-lothringischer Abgeordneter und ein französischer Sozialist sollen in die Angelegenheit verwickelt sein.

Aufstände in Indien?

Kang, 21. Oktober. Aus Simla wird mitgeteilt, daß eine Gruppe Baitis von etwa 800 Mann bei Wengal und Bundi einen Angriff auf britische Abteilungen unternahm. Die Briten verloren hierbei 89 Tote, darunter einen Offizier. Am darauffolgenden Tage erfolgte ein Gegenangriff von etwa 800 britischen Soldaten, der die Baitis anfanglich zurückwarf. Später wurde die Lage für die Briten aber so gefährlich, daß sie nur mit den größten Schwierigkeiten ihren eigentlichen Standort wiedererrückten konnten. Sie erlitten zahlreiche Verluste. Man spricht von 80 Toten, darunter zwei Offiziere und einen indischen Militärarzt. Eine starke britische Kolonne ist nunmehr auf dem Anmarsch nach Wengal.

Die österreichische Nationalversammlung beriet über die Vorlage betreffend die Staatsform. Nach diesem Gesetz wird Deutsch-Oesterreich gemäß dem St. Germainer Vertrag die Bezeichnung „Republik Oesterreich“ tragen. Ein Sozialist erklärte: Gemäß dem Gebot der Entente tragen wir den Aufbruch an Deutschland aus dem Geißel, aber aus unserm Herzen soll er nicht geißelt werden. Das Gesetz wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Keine Flucht Bela Kuhn. Aus Wien wird gemeldet: An der Wiener Meldung des Wiener Landtags, wonach es Bela Kuhn gelungen sei, aus seinem Internierungsort zu entkommen, ist kein wahres Wort.

Nationalversammlung.

104. Sitzung. Dienstag, 21. Oktober.

Präsident Dechenbach eröffnet die Sitzung um 1,15 Uhr. Das Gens ist ganz schwach besetzt.

Auf eine Zentrumsauftrag erwidert ein Regierungsvertreter, die Ausfuhr von Getreide aus Deutschland ist mit Gefängnisstrafe belegt. Eine gänzliche Verhinderung solcher Schiedungen wird erst möglich sein, wenn es gelingt, die alte Zollgrenze wieder herzustellen.

Abg. Frau Weber (Zentr.) fragt an, welche Maßnahmen die Regierung ergreifen habe, um dem bei der minderbemittelten Bevölkerung bestehenden Mangel an der notwendigen Kleidung abzuhelfen.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß der Mangel an Kleidungsstücken seinen Grund darin habe, daß erst im Laufe der Spätkommermonate mit der Verteilung der Textilwaren begonnen werden konnte. Die Reichsbekleidungsstelle hat jetzt alle Vorteile bereitgestellt. Daher werde eine Besserung in nächster Zeit einreten.

Abg. Schiele (Znat.) fragt an, welche Schritte die Regierung wegen der Einordnung einer deutschen Frau in der Nähe von Mainz durch einen farbigen französischen Soldaten eingeleitet habe.

Ein Regierungskommissar stellt mit, daß die Weisungsausschusskommission die Untersuchung des Vorfalles gefordert habe, daß eine Antwort aber noch nicht erfolgt sei. Nach nichtamtlichen Meldungen soll der Soldat kriegsgerechtlich erschossen worden sein.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums. Verbunden damit wird der Bericht des Reichsfinanzministers über die Militärverhältnisse.

Reichsfinanzminister Mayer-Kaupbeuren leitet die Beratung ein. Der ordentliche Ausgabenetat des Reichsfinanzministeriums stellt sich für das laufende Jahr auf insgesamt 492 Millionen. Dazu treten die außerordentlichen Aufwendungen für einmalige Ausgaben für das laufende Jahr in Höhe von 1,8 Milliarden. Angesichts dieser starken Steigerung der Ausgaben erheben sich eine kurze Darstellung der bezuglichen Ausgabenweise des Reichsfinanzministeriums erwünscht. Es sind das Verwaltungen und Verwertung der mobilen und immobilien Deeresgut, weiter die Verwaltung der im Kriege entstandenen großen industriellen Unternehmungen des Reichs und drittens die finanzielle Kontrolle der Kriegsgesellschaften. Alle mobilen Deeresgüter, die noch vorhanden sind, sind heute in unserer Hand. Werte im Betrage von 150 Millionen Mark sind bereits in die Hand des Reichs zurückgeführt. Ueber 450 Millionen, die zum größten Teil auch dem Reich zurückgegeben werden, schweben noch Verhandlungen. Vermittlungen werden hier und da immer wieder vorgenommen, aber wir tun alles, um ihnen nach Möglichkeit vorzuziehen. Bis heute ist es gelungen, drei Milliarden Mark aus dem Deeresgut zu lösen. Nach einer Schätzung befinden sich noch für etwa zwei Milliarden Mark mobiles Deeresgut in Deutschland. Die Verwaltung des mobilen Deeresgutes hat ihren Höhepunkt bereits überschritten. Eine neue, gewaltige Aufgabe ist dem Reichsfinanzministerium auf dem Gebiete der Verwaltung und Verwertung der einbehalten gewordenen immobilien Deeres- und Marinegüter erwachsen. Der Umfang dieser Aufgabe hat dazu geführt, die Verwaltung dieser Deeres- und Marinegüter in die Abteilung I des Reichsfinanzministeriums zu überführen, die dadurch in einer großen Intensivarbeit des Reichsfinanzministeriums wird, die wohl den größten Industriezweig der Welt darstellen wird. Für die Beamten und Arbeiter, die nicht übernommen werden können, soll nach Möglichkeit anderweitig gesorgt werden. Diese Verhältnisse werden durch einen demnächst vorzulegenden Gesetzentwurf geregelt. In die Umstellung ist nur zu denken, wenn sie nicht gearbeitet wird. Wir haben deshalb, soweit es möglich ist,

die Arbeiterarbeit einseitig.

Das Reichsfinanzministerium ist, in Zukunft Eigentümer aller Immobilien des Reichs. Ferner wird in Zukunft die ganze aktive Militärverwaltung dem Reichsfinanzministerium übertragen. Dann die Reichsvermögensverwaltung für die besetzten Gebiete. Der Unterhalt für die Besatzungstruppen im Westen erfordert im Jahre den Betrag von 1,3 Milliarden Mark. (Schr. hört!) Künftig diesen Forderungen werden für die nächste Zeit für den Bau von Wohnungen für die Offiziere usw. erhebliche Summen angesetzt. Für die Überwachungsanstalten werden jährlich 80 Millionen aufgewendet werden müssen. Die Unterhaltung der interalliierten Besatzungstruppen stellt sich also heute schon auf insgesamt 2 1/2 Milliarden Mark. (Schr. hört!) Wir kennen seit Abschluß des Waffenstillstandes auch nicht annähernd die äffernmäßige Stärke der Besetzung. (Schr. hört!) Noch im August ist sie mit 450 000 Mann wohl richtig angegeben worden. Festlich des Ausmaßes der für die Unterhaltung der Besatzungsarmee aufzuwendenden Kosten haben nach Abschluß des Waffenstillstandes Verhandlungen stattgefunden. Unter Unterhalt haben wir wohl die Unterbringung und Verpflegung der Truppen verstanden; die Militären verstehen darunter aber sämtliche Ausgaben jeder Art, die mit der Besetzung der feindlichen Truppen irgendwie zusammenhängen. Eine Verrechnung der Unterhaltskosten wurde bisher auch immer ohne jede Begründung abgelehnt. (Schr. hört!) Die Requisitionen in den ersten neun Monaten werden auf etwa 800 Millionen Mark geschätzt. (Schr. hört!) Wir haben wiederholt über die Verabreichung der Besatzungstruppen verhandelt. Mindestlich wurde uns eine Verabreichung nach der Rationierung zugesagt; schriftlich wurde aber in einer Antwortnote eine ausweichende Antwort gegeben. Dagegen wurden neue weitergehende Forderungen aufgestellt. Unmittelbar nach Friedensschluß sollen in Berlin zwei Überwachungskommissionen entressen, für deren Unterbringung mehrere Hotels sowie Stellungen für 60 Automobile erforderlich sein werden. Diesen Überwachungskommissionen wird deutscherseits nur eine Kommission von sechs Offizieren gegenübergestellt. (Schr. hört!) Wir haben auch nur oberflächlich kennen unserer wirtschaftlichen und finanziellen Lage ist es unbedingt klar, daß dieser Zustand nicht mehr länger andauern darf, wenn Deutschland seine wirtschaftlichen Verpflichtungen gegenüber der Entente erfüllen soll.

Abg. Siebel (Zent.): Bei der Umstellung der Deeres- und Marinegüter handelt es sich um eine Existenzfrage der Arbeiterschaft. Die Verhinderung der Entmilitarisierung der Betriebe hat die Arbeitslosigkeit nicht gehoben. Wir verlangen eine baldige Regelung der Verhältnisse der Angehörigen.

Abg. Essing (Zentr.): In den Reichsbetrieben müssen vor allem die alten Beamten beschäftigt werden. Ueber den ganzen Betrieb mit den Arbeitern ist das Arbeiten vergessen worden.

Abg. Goebel (Dem.): Das Schicksal im Westen wäre ohne die Beschäftigung der geeigneten Truppen gar nicht möglich. Der Reichsminister beim Verkauf von Schrot aus dem Spandauer Deeresbetrieben.

Reichsfinanzminister Mayer: Wir werden versuchen, die Bekleidungsminister weiter zu betreiben. Ob es möglich sein wird, muß abgewartet werden.

Das Haus vertritt sich. Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr: Rest der heutigen Tagesordnung. — Schluß nach 6 Uhr.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Paul Böttcher in Leipzig. Verantwortlich für den Ankerenteil: Friedrich Piltz, Buchbinder-Gesellschaft, Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchbinder-Gesellschaft, Leipzig.

Chlorodont

die bevorzugte Zahnpaste wirkt wunderbar erfrischend, macht misfarbene Zähne nach kurzem Gebrauch blendend weiß.

Siehe Nummer umjahr 12 Seite.

U. S. P. D. Gross-Leipzig.

Alt-Leipzig, Bezirk Süden.

Freitag, 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, Funktionär-Sitzung im Volkshaus. Die Delegiertenkarten zur Generalversammlung kommen mit zur Ausgabe. Die Tagesordnung ist im Anhang. Der Vorstand.

Grosszschocher-Windorf.

Donnerstag, den 2. Oktober, abends 8 Uhr, Fortsetzung der Halbjahrs-Generalversammlung im Gasthof zur Mühle. Tagesordnung: 1. Berichte a) des Vorstandes, b) des Kassierers, c) der Revisoren, d) der Kommissionen. 2. Diskussion. 3. Gemeindefangelegenheiten. 4. Vereinsangelegenheiten. — Einem zahlreichen Besuch sieht entgegen Der Vorstand.

Paunsdorf.

Mittwoch, den 22. Oktober, abends 8 Uhr: Öffentl. Einwohner-Versammlung im Alten Gasthof.

Tagesordnung: 1. Kirche und Staat. Referent: Arbeitersekretär Weib, Leipzig. 2. Audipraße. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Einberufer.

Ortsverein Schönfeld (U.S.P.D.)

Freitag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr im Gesellschaftshaus, Schönfeld

Lichtbildervortrag

über: Länder und Völker, Sitten und Gebräuche. Vortragender: Genosse H. Gottschalk, Leipzig. Nachmittags 1/2 Uhr: Kinder-Vorstellung. Einem zahlreichen Abend verspricht Der Vorstand.

Volkmarzdorf, Roudnitz, Anger, Sollerhausen Neustadt und Schönfeld.

Donnerstag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr: Öffentl. Versammlung im Saal des Schilfchen, Ecke Hildegards u. Jollisierstr.

Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die Parteien und die Internationalen. 2. Freie Aussprache. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Kommunistische Partei (K.P.), Bezirk Osten.

Sattler u. Portefeuller Leipzigs.

Freitag, den 24. Oktober 1919, abends 7 Uhr Außerordentliche Generalversammlung im Volkshaus.

Tagesordnung: 1. Kassibericht vom 3. Quartal; 2. Wahl der Hauptkassier; 3. Gewerkschaftliches; 4. Wahl des Ortsangehüllten für Leipzig. Die Urabstimmung beginnt abends 8 Uhr und ist jedem Anwesenden und jeder Kollegin Gelegenheit geboten, seine Wahlpflicht auszuüben gegen Vorkommen des Wahlrechtsbuchs. An der Wahl kann nicht teilnehmen, wer mit seinen Beiträgen länger als 8 Wochen im Rückstande ist. Die Ortsverwaltung.

Markranstädt.

Donnerstag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr: Groß Einwohner-Versammlung im Saale der Guten Quelle.

Tagesordnung: Die Beschaffungsbeihilfe in der Gemeinde. Referent Genosse Zunger. Zahlreichen Besuch erwartet. U. S. P. D., Ortsverein Markranstädt.

Einlass 4 Uhr Anfang 4 1/2 Uhr Ende 10 1/2 Uhr



LINDENFELS
Karl-Heine-Strasse 50

Doppelprogramm!

Verschleppt
Detektiv-Drama in 5 Akten
Hauptrolle: Hans Mierendorff.

Ossi Oswald
in dem Lustspiel (3 Akte)
„Das Millionenmüdel“
sowie der übrige Spielplan.

Jugend-Vorstellung.

WINTERGARTEN
Eisenbahnstrasse 56

Doppelprogramm!

Das Teehaus zu den zehn Lotosblumen
Drama in 4 Akten
Hauptrolle: Ellen Richter.

Der Tänzer I. Teil
Schauspiel: 1 Vorspiel und 3 Akte
sowie der übrige Spielplan.

Jugend-Vorstellung.

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleußig

Donnerstag, den 23. Oktober, abends 7 1/2 Uhr Halbjahrs-Generalversammlung im Deutschen Haus, Leipzig-Lindenau.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Ernennungswahl zum Vorstand. 3. Vortrag über: Die grundsätzliche Stellung der U. S. P. D. zum Parlamentarismus. Ref.: Parteileiter Genosse Joh. Schöning. 4. Diskussion. Zutritt nur gegen Mitgliedsbuch.

Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand. NB. Den Genossen zur Kenntnis, daß die Leseabende jetzt im Restaurant Gambrinus, Leipzig-Lindenau, Cde mannstraße 12, statt finden. Nächster Leseabend Montag, den 27. Oktober, abends 7 1/2 Uhr.



Kammer-Lichtspiele

Windmühlenstr. 7 Am Königsplatz

Heute zum 30. Male vor ständig ausverkauftem Hause

Almenrausch und Edelweiss

Wilderer- und Schmuggler-Drama aus dem bayrischen Hochgebirge 5 Akte 5

Bearbeitet nach dem vielgelesenen Roman des Hochgebirgsschriftstellers Hermann von Schmid

Ort der Handlung: Die Ramsau bei Berchtesgaden

— Herrliche Szenarien aus der Alpenwelt —

Schubplattler, Volkshelustigungen wechseln mit ernster Dramatik ab

Mit einer eigens hierzu arrangierten Musik

— Verstärktes Orchester —

Einlass 3 1/2 Uhr Beginn 4, 6 1/4 und 8 1/2 Uhr

Heute vorletzter Tag!

Büdo
N°20

Wertvolle Sammelmärken.

erzeugt lackartigen Glanz und macht das Schuhzeug dauerhaft!

Büdowerk Schwannigen Wk.

Familien-Nachrichten

Allen Bekannten die tiefschmerzliche Nachricht, daß mein lieber Bruder

Paul Quellmalz

heute vormittag nach kurzem schwerem Leiden entschlafen ist.

Dies zeigt hierdurch an

Leipzig, den 22. Oktober 1919

Otto Quellmalz.

Die Zeit der Einäscherung wird noch bekanntgegeben.

Plötzlich und unerwartet verchied heute früh an Gehirnschlag mein herzgeliebter Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater, Herr

Otto Bindrich

im 74. Lebensjahre. In tiefer Trauer

Leipzig, den 21. Oktober 1919

Münzstraße 5

Mutter: **Maria Bindrich geb. Miersch**, im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.

Die Trauerfeier mit anschließender Einäscherung findet Freitag, den 24. Oktober, nachmittags 2 Uhr, in der Hauptkapelle des Sidoriedhofs statt.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Leipzig.

Schnell und unerwartet verchied unser alter Parteioberst und früherer Kassierer, Sangesbruder

Otto Bindrich.

Seit den ersten Anfängen hat er sich in der Sängerbewegung betätigt und ist ein Gründer der Liedergemeinschaft und des Arbeiter-Sängerbundes sowie im besondern des Gau Leipzig.

Sein unermüdetes Wirken wird uns ein Beispiel für unsere jetzige Betätigung sein. Ob sie seinem Andenken. Der Vorstand.

Leipziger Volkschor.

Am 21. Oktober verchied schnell und unerwartet unser langjähriger treuer Sangesbruder

Otto Bindrich.

Unter Chor verriet in ihm einen seit frühesten Jugend tätigen Kämpfer für unsere Sache. Der Chor wird ihm in Folge seiner geleisteten Dienste ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vorstand:

Trauerfeier und Einäscherung finden Freitag, nachmittags 2 Uhr, auf dem Sidoriedhofe statt.

Nach einem schweren Leiden verchied am 20. Okt. unser lieber Vater, Bruder u. Schwager, der Bauarbeiter,

Wilhelm Karl Köppe.

Dies zeigt hierdurch an

Hänichen, 22. Oktober 1919.

Arthur Köppe, im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 23. Oktober, nachm. 3 Uhr, auf dem Friedhof in Hänichen statt.

Sozialdemokratischer Verein der U. S. P. D. Gross-Leipzig

Nachruf

für gestorbene Mitglieder:

Ortsverein L.-Schönefeld Günther, Karl Kassierer, 33 Jahre Hänsel, Eduard Buchhalter, 52 Jahre Jonack, Helene Ehefrau, 37 Jahre Sellwig, Gustav Schrittsetzer, 50 Jahre	Ortsverein L.-Ost Kessel, Karl Maurer, 29 Jahre Seidel, Luise Ehefrau, 84 Jahre Stephan, Bruno Buchbinder Schneider, Hermann Maschinenmeister, 59 Jahre
Ortsverein Wahren Doige, Artur Gärtner, 41 Jahre Dressler, Franz Schlosser, 30 Jahre Schütttauf, Anna Ehefrau, 53 Jahre	Ortsverein L.-Mockau Karl, Christian Maurer Keller, Hans Bäcker, 21 Jahre Busch, Emilie Ehefrau, 58 Jahre
Ortsverein L.-Plagwitz-Lindenau-Schleußig Elster, Otto Bote, 34 Jahre Grauer, Karl Joh. Kassierer, 41 Jahre Gröbe, Beria Ehefrau, 32 Jahre Kutschbach, Hugo Heizer, 29 Jahre	Ortsverein L.-Stötteritz Grabner, Marie Ehefrau, 30 Jahre Wunderlich, Hermann Hilfsarbeiter, 45 Jahre
Ortsverein L.-Connowitz Scheibe, Ernst Gewerkschaftsbeamter, 58 Jahre Ehre Ihrem Andenken!	Ortsverein L.-Lössnig Riemer, Paul Schrittsetzer, 37 Jahre
	Ortsverein Fortitz Stier, Hermann Fabrikarbeiter, 64 Jahre Der Hauptvorstand.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 22. Oktober.

Parteiangelegenheiten.

Parteiabend Leipzig.

Auf unsere Aufforderung, betr. Wohnungen für die Delegierten...

Hauptvorstand von Groß-Leipzig.

Donnerstag, den 23. Oktober, abends 7 Uhr, wichtige Sitzung...

Nordbezirk, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, Funkt...

Ortsverein Taucha, heute, Mittwoch, den 22. Oktober, abends...

Der Kampf um den Tausend-Markschein.

Eine Beamten-Versammlung beschloß gestern im großen Saale des Zoologischen Gartens mit der wirtschaftlichen Lage der Beamten und der Besoldungsreform...

Das Gegenstück.

Zu bemerken ist noch, daß ein Teil der Beamten, der in der Versammlung nach dem Streit schrie...

Die Beamten stellen ihre Lage als so trostlos hin, daß sie die tausend Mark unter allen Umständen haben müssen...

Während die Beamten erklären, unter tausend Mark gehen es nicht, sollen die Erwerbslosen 15 bis 50 Mark erhalten...

Arbeitslosenversammlung.

In einer heute morgen stottergebundenen überfüllten Arbeitslosenversammlung in der Albertshalle sprach Genosse Böttcher über die Stellung der Erwerbslosen im Proletariat...

Notstandsarbeiten, Arbeitszeiterleichterung der Arbeitenden, Beschäftigung am Wiederanbau der zerstörten Gebiete und schließlich auch die Auswanderung...

Unter Punkt 2 erstattete Genosse Grunert Bericht. Er führte im wesentlichen das an dieser Stelle bereits einmal Mitgeteilte aus...

Es wurde dann darüber berichtet, was die Stadtverwaltung und zwei Vertreter des Arbeitslosenrates bei der Reichsregierung erreichten...

Die Versammlung nahm nach längerer Aussprache u. a. folgende Resolutionen gegen wenige Stimmen an: „Die in der Albertshalle versammelte Arbeitslosen betrachten die vom Rat bewilligte Sonderunterstützung als einen Schritt auf ihre gestellten Forderungen..."

Bewaffnete „Spartakisten“.

Gestern abend um 7 Uhr spazierte ein Herrchen, circa 28 Jahre alt, mit dem Klemmer auf der Nase, die Dresdner Straße entlang...

Die Wahl des Vorsitzenden der Ortskrankenkasse für Leipzig-Stadt.

Nachdem im Dezember 1918 beim Inkrafttreten des zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung die Wahl des ersten Vorsitzenden nicht zustande gekommen war...

Der Arbeitsnachweis der Stadt Leipzig im Monat September.

Bei dem Arbeitsnachweis der Stadt und den ihm angeschlossenen paritätischen Facharbeitsnachweisen waren im Monat September (mit den aus dem Vormonat übernommenen) 21635 (im August 23157) Arbeitsuchende vorhanden...

Die bei sämtlichen Kontrollstellen am Schlusse des Monats vorgenommene Zählung der Erwerbslosen hat ergeben, daß 14062 (18020 männliche und 5788 (4770) weibliche, zusammen 17840 (20802) erwerbslose Personen vorhanden waren...

Wichtig! Kinder nach der Schweiz! Der Abtransport der Kinder nach der Schweiz erfolgt erst am 27. Oktober...

Die Kurse des Leipziger Arbeiterbildungs-Institutes. Der zweite Vortrag des Genossen Dr. Poply über Naturerkenntnis zeigte einen wohlbestimmten Verlauf...

Zu dem Bericht über die Parteiverammlung tritt und Stoffe Schöning um folgende Richtigkeit: Meine Ausführungen über die notwendige Änderung des Aktionsprogramms...

Keine Ausnahme von Frachtküchenern. Die das Preussische Eisenbahnverkehrsamt, hier, und die Sächsische Betriebsdirektion Leipzig 1 initiierten, ist die Annahme aller Frachtküchener in der Zeit vom 20. bis einschließl. 25. d. M. verboten...

Eine Buchhandelsmesse soll in Leipzig alljährlich stattfinden, so daß unsere Stadt sie zu sehen und zu haben wird...

Als Kassenzeit der Steuerbehörde vom 15. Oktober ab ist auf den diesjährigen Steuerzetteln die Zeit von 8-1/2 Uhr vormittags und 3-4 Uhr nachmittags angegeben...

ha. Steigende Beanspruchung der Strafgerichte. Die Strafgerichte werden in zunehmendem Maße in Anspruch genommen. So war die Zahl der Angeklagten bei den Landgerichten und Staatsanwaltschaften Preußens schon im Jahre 1916 auf 1017 von 752 876 auf 1 215 414 gestiegen...

Der mangelhafte Säuglingschutz in Leipzig. Vom Verein für Mutterschutz zu Leipzig wird uns zu der Notiz von 4. Oktober, in der sich ein Arbeiterkreis über den unzureichenden Säuglingschutz äußert...

Der falsche Rechenkontrollleur. Die jetzt stattfindenden Kostenbestandsaufnahmen wachen sich auch schon Betrüger und Diebe zu. Man lasse aus diesem Grunde nur geprüfte legitimierte Rechenkontrollleure in seine Räume ein...

Die Kartoffellieferungen aus dem Kreise Delitzsch. Von der Kartoffelstelle wird uns mitgeteilt: „Die vom Kreisamt des Kreises Delitzsch zur Belieferung auf Bezugschein freigegebene Kartoffelmenge in Höhe von 50 000 Zentnern ist vergriffen..."

Bert- und Einschreibepate, ausgenommen solche mit Geld, Juwelen und Wertpapieren, nach Berlin Ort (ohne Vorort) werden von Privatpersonen bis einschließl. 25. Oktober bei den Postanstalten nicht angenommen...

Ein Elternabend fand am 17. Okt. im Schulsaal der 30. Volksschule statt. Die Ausführungen des Lehrers Lange über allgemeine und weltliche Volksschule fanden ungeteilte Zustimmung...

Witze. In der Vorkonferenz der Naturkundlichen Heimatvereins (Erkundung 1. Gewerbeausstellung) spricht Freitag, abends 1/8 Uhr, Lehrer Buch über die Drosophila (als Vorbereitung für die nächste Vorkonferenz)...

Brände. Die Hauptfeuerwache löschte am 20. 10. 19, nachm. gegen 1 Uhr, ein Schindelfeuier mit einer Zündkerze nach 11-jähriger Tätigkeit in einer Wannen- und Federfabrik Bromnadenstraße Nr. 2. Um 7 Uhr wurde die Dampferwache nach der Eisenbahnstraße 14 gerufen, wo sie einen kleinen Stubenbrand beseitigte.

Zerschlaghol. Donnerstag, den 20. Oktober, vormittags von 9 bis 12 Uhr, Ausgabe von Knochenbrüheextrakt, Brühlwurzeln, Fleischsäure und Streichwurst. Verkauf an Jedermann.

Lebensmittellisten für Donnerstag, den 23. Oktober.

Für Haushaltungen.

Anmeldung, Fleisch: Letzter Tag — abzugeben L. 1—10; L. 1—5.

Quark oder Käse: abzugeben Marken 3 und 4 der neuen blauen, braun überdruckten Anbesperre für Käse, Quark und Käse. Ausgabe. Kunstfertig: Vorletzter Tag — bestellt mit 12 B und K der Lebensmittelliste Reihe L (1/2 Pfund).

Für Händler.

Kohl, Kürbisse und Weizenmehlsuppen: Bezugshelmentnahme durch die Kleinhandl. und Osmänner und Vorlegung an die Verteilungszentrale.

Polizeinachtichten.

Warnung vor einem Warenschwinder! Ein Mensch, der sich Konrad Schneider nennt, bestellt unter allen möglichen falschen Angaben für die Kammgarnspinnerei Leipzig Waren, zum Teil in recht erheblichem Werte. Die meisten der Firmen sind aber auf den Betrag nicht hineingefallen; sie haben sich vor Lieferung der Waren erst bei der Kammgarnspinnerei telefonisch erkundigt und dort erfahren, daß sie einem Betrüger in die Hände gefallen waren. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser nun unter einem anderen Namen reist und im Namen einer anderen Firma seine Betrügereien fortzusetzen versucht wird.

Unfälle. Beim Spielen ist am 20. d. M. in der Dresdner Straße ein 13jähriger Schultknabe in einen fahrenden Straßenbahnwagen hineingerannt, von diesem umgerissen und ein Bein geschleift worden. Durch diese seine eigene Schuld hat er einen Bruch des rechten Handgelenks und mehrere Quetschungen am Kopfe erlitten.

Zusammenstöße. Am 20. d. M., vormittags gegen 12 Uhr ist an der Kreuzung der Kirch- und Konradstraße, Leipzig-Waldmarstorf, ein Lastkraftwagen mit einem Triebwagen der Leipziger Elektrischen Straßenbahn zusammengefahren, während am 21. d. M., vormittags 1/8 Uhr, auf der Kreuzung der Schopenhauer- und Jagstraße ein gleicher Zusammenstoß stattgefunden hat. In beiden Fällen sind Personen nicht zu Schaden gekommen, wohl aber ist ein nicht unerheblicher Materialschaden entstanden.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Wiederitzsch. Gemeinderat. Nach Mitteilung des Gemeindevorstandes ist die Beschwerde der Mehrheitssozialisten und des Hausbesitzervereins gegen die Anstellung des hiesigen Lebensmitteldirektors von der Amtshauptmannschaft abgewiesen worden. Diese hatte durch Umfrage bei anderen Gemeinden feststellen müssen, daß sich die Ausgaben für Beamtengehälter in normalen Grenzen befinden. Damit war auch der letzte Versuch, den Beschluß des Gemeinderates aufzuheben, ins Wasser gefallen. Von den 120 Bewohnern um die Expedientenstelle sind vier in die engere Wahl gestellt worden. Dem Antrag des Architekten Sieglitz, die der Gemeinde zuzustehenden Uebertenerungszuschüsse für Wohnungsbauten für von ihm geplante Neubauten sicherzustellen, konnte man nicht zustimmen, obwohl großer Wohnungsmangel vorhanden ist. Die Gemeinde wird den Wohnungsbau selbst in die Hand nehmen; die nötigen Schritte sind schon eingeleitet. Bei dieser Gelegenheit wurde das bisherige Verhalten des Herrn Sieglitz einer scharfen Kritik unterzogen. Es kommen fortgesetzt Beschwerden. Die Motore für die Wasserleitung seien vielfach außer Betrieb; dadurch seien die Wasserhältnisse zum Teil sehr schlecht geworden. Die Mietern habe St. händig hinaufgeschraubt. Den Interessen der Gemeinde habe er wiederholt entgegengetreten. Die Wohnverhältnisse des Gemeindevorstandes Dittich wurden neu geregelt. Für die Mitglieder des Gemeinderates soll eine Aufwandsentschädigung in Höhe von jährlich 200 Mk. gezahlt werden. Für jedes Fernbleiben von einer Vollversammlung werden 8 Mk. in Abzug gebracht.

Leipzig. Das Ergebnis der Volkszählung am 9. Oktober liegt nunmehr vor. Ermittelt wurden in 3184 Haushaltungen 5313 männliche und 6515 weibliche Personen. Von diesen sind 115 als nur vorübergehend anwesend abzuziehen. Daraus ergeben sich aber die 317 vorübergehend abwesenden Personen, so daß die Zahl der Einwohner 12 680 beträgt. Das sind 1180 mehr als Anfang Dezember 1917. Damals übertraf die Zahl der weiblichen Personen die der männlichen um mehr als 1900. In früheren Jahren wurden in Leipzig gezählt 1804: 270, 1870 rund 1000, 1885 über 2000, 1895 über 3000, 1900 über 3500, 1906: 9792 und 1910: 12 327, vor dem Kriege über 13 000 Einwohner. — Die Verwaltungsräume und die Sparkasse im hiesigen Rathaus bleiben wegen Reinigung nächsten Freitag und Sonnabend geschlossen, nur das Ständesamt ist für dringliche Sache mittags 12—1 Uhr offen.

Leipzig. Die Erwerbslosenunterstützung wird für diese Woche bereits am Donnerstag gezahlt, weil das Rathaus am Freitag und Sonnabend wegen Reinigung der Diensträume geschlossen bleibt.

Liebertswitz. Gemeinderat. Zunächst wurde Kenntnis genommen, daß bei Feuerschiff der Gabelschiffung im Wege der Fernzählung von der Gasanstalt aus eingeschaltet werden soll, ferner davon, daß für die im Bau befindlichen 74 Kleinwohnungen von der Kaffe des Ministeriums des Innern auf die Reichs- und Staatszuschüsse zu dem Uebertenerungsanwand eine Abschlagszahlung von 804 845 Mk. eingegangen ist. Um dem schnellen Durchfahren der Personenkraftwagen zu feiern, wird der Gemeindevorstand ermächtigt, eine Polizeiverordnung zu erlassen, die auf den Verkehrsregeln das schnelle Fahren verbietet. Die Schulente sollen zu strengster Aufsichtführung angehalten werden. Dem im Bezirk bestehenden Kassenrevisionsverband (Gemeindevorstand) soll beigetreten werden. Zum Zwecke des zweifelhafte Ausbaus der Linie Liebertswitz—Leipzig ist vor längerer Zeit Gemeindevorstand enteignet worden und zwar von den Grundbesitzern, die zum Teil schon mit Kleinwohnungen bebaut sind. Wegen die Höhe des im Enteignungsverfahrens festgesetzten Preises hatte der Gemeindevorstand Rekurs erhoben, ist aber von der Amtshauptmannschaft abfällig beschieden worden. Der Gemeindevorstand beschloß, sich bei diesem Bescheide nicht zu beruhigen. Der Gemeindevorstand nahm Kenntnis von einer Verklammerung der Amtshauptmannschaft wegen der Uebertenerung des Friedhofes in die Verwaltung der politischen Gemeinde. Es sollen nun Verhandlungen mit dem Kirchenvorstand ausgehandelt werden. In dem Gesuch des Verbandes der Kriegesbeschädigten in Liebertswitz u. Umg. um Steuererlass oder Steuerermäßigung wurde auf Grund der Umfragen bei einer Reihe von Gemeinden beschlossen, von einer einheitlichen Regelung der Angelegenheit abzusehen. Es soll eine wohlwollende Entscheidung von Fall zu Fall, soweit Bedürftigkeit in Frage kommt, erfolgen. Der neue Schulvorstand setzt sich zusammen aus dem Gemeindevorstand, dem Schulleiter, 3 vom Gemeindevorstand wählenden Gemeindevorstellern, 3 vom Gemeindevorstand wählenden Elternvertretern, 2 Lehrern und dem Schulrat. Aus dem Gemeindevorstand wurden gewählt die Herren Gebhardt, Herfurth, Martin, Döhl und Scheibe, aus dem Kreise der Eltern Frau Walther und die Herren Müller und Steyer. Einem Vorschlag des Ernährungsausschusses entsprechend soll das Fischen des Angerwieses am 18. Oktober erfolgen. Der Verkauf der Fische im Wege der Verlosung, wie die vorgeschlagenen Verkaufspreise fanden Zustimmung. Die Kaffische — zur Zeit im Gasthof Gambelinis untergebracht — kann nicht dauernd dort verbleiben. Da man sie nicht ganz eingehen lassen will, wird eine Verklammerung der Kaffische in das Erdgeschoss im

alten Wilhelmshausgebäude beschlachtet. Das Ortsamt soll Auftrag erhalten, unverzüglich wegen der Einrichtung und wegen der Einigung der Räume zu diesem Zwecke Vorschläge zu machen. Man beschloß die Einstellung eines besonderen Nahrungsmittelverwalters und wählte dazu Herrn Paul Gebhardt. Zur Kartoffelversorgung wurde beschloffen, den Haushaltungen wie in den Vorjahren zum Zwecke der Einbindung auf die Marken A und B Vorrat zu gewähren und die rationelle Abtragung zu gestalten. Ein im Entwurf vorliegender Nachtrag zum Ortsgesetz über die Freibaut fand Genehmigung.

Jwenkau. Stadtverordnetenversammlung. Beschlossen wird der Beitritt der Gemeinde zum Bund deutscher Bodentseformer. Für die Zimmerarbeiten für den Kleinwohnungsbau sind folgende Kostenschätzungen eingegangen: Friedrich, Euthia 10 840 Mk. Moder, Jwenkau 6006.70 Mk. Beier u. Co., Köhlhagen 612.25 Mk. Moder, Jwenkau erhält den Zuschlag. Für die Dachdeckerarbeiten sollen zu den bereits eingegangenen zwei Anschlägen zwei weitere einberechnet werden. Am 1. November wird Zustimmung erteilt den Anträgen des Bauamts, die die Kellerfrage im alten Rathaus betreffend, wird begünstigt. Die Beschließung über 208 Besch. des Ortsamtes zum Zwecke der Verlegung der Wasserleitung, die einen Kostenaufwand von ungefäh. 12 600 Mk. verursachen würde, wird abgelehnt. Der neue Leichenfuhrtarif wird angenommen. Klempner Beinde wird zu Wasserleitungsarbeiten zugelassen. Das Ortsamt geht nach längerer Debatte an den Bauanschlag zurück.

Sächsische Angelegenheiten.

Alles in schönster Ordnung.

Auf dem staatlichen Braunkohlenwerk zu Gröschelde waren Disziplinarmaßnahmen zwischen der Arbeiterkammer und dem Generaldirektor Müller, der nach Meinung der Arbeiter trotz aller Proteste eine Reihe von Anordnungen getroffen hatte, die den Betrieb und die Allgemeinheit schädigten und als Sabotage aufgefahrt wurden. Die Arbeiter hatten versagt, an der Hand von Tatmaterial die unrationelle Wirtschaft und die Vergeudung von Arbeitsmitteln nachzuweisen. Obwohl der frühere Finanzminister Richter die Anklagen gegen den Generaldirektor die Berechtigung nicht absprechen konnte, tat die Regierung lange Zeit nichts. Erst als die Arbeiter zu erkennen gaben, daß sie unter Müllers Leitung nicht weiter arbeiten wollten, wurde der Betriebsleiter einwillig zur Disposition gestellt, bis eine Begünstigung durch Sachverständige festgefunden habe. Das ist nun geschehen und die Nachforschungen der Staatskanzlei weis mitteilen, daß den Behauptungen über vermeintliche schwere Missetaten der Direktor der Boden entzogen worden sei, da der unparteiische Sachverständige die Betriebsmaßnahmen der Direktion im wesentlichen gutgeheißen habe.

Es ist also alles in schönster Ordnung. Die Arbeiter haben gestundet und Herr Generaldirektor Müller bleibt. Das Ergebnis wird vielleicht weniger überraschen, wenn man erfährt, daß die unparteiische Untersuchung von einem Generaldirektor aus Halle (Wirtsch. ist sein Name) vorgenommen wurde. Auch Sachverständige aus Arbeiterkreisen hinzuziehen, ist der Regierung gar nicht eingeleitet. Vielleicht wäre dann das Ergebnis doch etwas anders ausgefallen, zumal ja der Sachverständige die Anordnungen nur im „wesentlichen“ gutgeheißen, also immer noch etwas übrig gelassen hat, was auch nach seiner Meinung nicht so recht stimmt. Aber es scheint fast, als ob es den Geheimräten, die in der Regierung den Ton angeben, gar nicht so sehr um eine restlose Aufklärung zu tun gewesen wäre, als vielmehr darum, den unerquicklichen Fall zu erledigen, ohne dem Betriebsleiter wehe zu tun. Für diese Annahme spricht nicht allein das anhängliche Sträuben der Regierung, sondern auch die Art, wie die unparteiische Untersuchung betrieben wurde.

Jur Bewaffnung der Gegenrevolution.

Bei den letzten Debatten in der Reichskammer behauptete der Minister Müller u. a., eine von der Dresdner Unabhängigen Zeitung gebrachte Meldung, wonach 20 000 Waffenschirme ausgegeben seien, um der Gegenrevolution Waffen in die Hände zu spielen, sei un wahr. Die Waffenschirme seien einzig und allein an die Einwohnermänner abgegeben worden. Dazu bemerkt unser Dresdner Parteiblatt: Nun wollen wir ja ohne weiteres annehmen, daß der Herr Minister nur auf Grund der mangelhaften Informationen dem Parlament diese unrichtige Darstellung gegeben hat. Denn wenn er sich genauer erkundigt hätte, dann müßte er auch wissen, daß diese Waffenschirme hauptsächlich an die ehemaligen Angehörigen des „Regiments Ordnung“ und des „Zeitfreiwilligenregiments“ abgegeben wurden, so daß diese in der Lage sind, sich durch Vermittlung der Polizeimeister in den Besitz von Karabiner Model 08 und Revolver zu kommen. Sollte der Herr Minister auch jetzt unsern Angaben keinen Glauben schenken, so empfehlen wir ihm, sich selbst von der Richtigkeit unserer Behauptung zu überzeugen, indem er sich an einem der Ausgabedienste (Donnerstag) in die Polizeimeistererei bemüht. Dort könnte er sogar die genaue Zahl dieser eigentlich doch nur illegalen Waffenentnehmer feststellen.

Eine sächsische Staatsbank in Leipzig.

Die bisher in Verbindung mit der Lotteriedirektion bestandene Lotteriedarlehnskasse in Leipzig ist zu einem von der Lotteriedirektion unabhängigen Bankunternehmen ausgebaut worden, dem der Betrieb aller wesentlichen Zweige des Bankgeschäftes, insbesondere die Pflege des Depos., Lombard-, Wechsel-, Kontokorrent-, Scheck- und Giroverkehrs, übertragen ist. Das Institut heißt bis auf weiteres seinen Sitz in Leipzig und führt künftig den Namen „Sächsische Staatsbank“.

Eine Petition des Wendenführers Barth.

Der Wendenführer Barth, der beim Ueberschreiten der sächsisch-schlesischen Grenze verhaftet und wegen Hochverrats in Untersuchungshaft genommen worden ist, hat sich mit einer Petition an die sächsische Reichskammer gewandt und seine Haftentlassung verlangt. Der Beschwerde- und Petitionsausschuss der Reichskammer hat beschloffen, die Petition auf sich beruhen zu lassen, da das Parlament weder Haftbefehle erlassen noch deren Aufhebung herbeiführen könne.

Junkerrecht.

Eine dreifache Verhöhung der Arbeitslosen selbst hat der Rittergutsbesitzer Pohlmann auf Gut Siebenitz bei Paltentzsch. Dieser Herr, ein ehemaliger Offizier, suchte kürzlich „arbeitswillige“ Tagelöhner unter den im Tarifvertrag für landwirtschaftliche Arbeiter festgelegten Bedingungen. Es haben sich daraufhin etwa 20 „Arbeitswillige“ gemeldet und Herr Pohlmann suchte sich von ihnen zehn kräftige Personen aus und glaubte, mit ihnen am Montag die Arbeit aufnehmen zu können. Aber alle zehn blieben aus! Das veranlaßte den Agrarier zu einem Eingangsamt im Falkenstein Anzeiger, in dem es u. a. heißt:

Und da kommen die Leute auf das Rathaus und verlangen „Arbeitslosenunterstützung“, da sie keine Arbeit finden können. Arbeit gibt es für jeden deutschen Arbeiter, der deutsch denkt, der noch einen Untertropfen Vaterlandsliebe und vor allem auch Nächstenliebe im Leibe hat. Aber warum arbeiten die Leute nicht? Weil sie Unterstützung bekommen, und diese Unterstützung ist höher wie ihr Lohn. Rette Zukünfte!

In dieser unerschämten Weise erlauben sich die Herren, die sich im November vorigen Jahres verbittert im Hintergrunde hielten, heute die Arbeiter zu verhöhnen und zu beschimpfen. Und der Grund, warum die zehn „kräftigen Arbeitswilligen“ nicht auf der Arbeitsstelle erschienen? Der Tarif, nach dem die Arbeiter entlohnt werden sollten, gibt darüber Auskunft.

8 lautet: Der Arbeiter für verheiratete Männer über 21 Jahre beträgt 53 Pfg. für die Stunde. Männer von 14 bis 18 Jahren 28 bis 30 Pfg., von 16 bis 18 Jahren 35 bis 40 Pfg., von 18 bis 21 Jahren 48 Pfg., über 21 Jahre 58 Pfg.

Stundenlohn. Außerdem bekommen diese Männer noch: täglich 1/2 Liter Milch, jährlich 50 Pfund Getreide, jährlich 18 Zentner Kartoffeln oder 25 Pfund Kartoffeln oder 3 Kar gebündelt, Karoffel, ferner Stroh und Holz als Deputate.

Günstigste dieser Deputate (in Geld umgerechnet) würden die Arbeiter bei achtstündiger Arbeitszeit wöchentlich von 28 bis 35 Mk. bekommen. Ist es nicht eine Schande, daß sich überhaupt jemand erlauben kann, in der heutigen Zeit den Arbeitern so erbärmliche Summen zu bieten? Und dann müßten sich die Arbeiter noch gefallen lassen, von dieser Gesellschaft in der höchsten Weise als Faulenzer und Unterstützungsjäger denunziert zu werden.

Die Generalversammlung der allgemeinen Knappschafts-Pensionskasse für Sachsen fand am 11. Oktober d. J. im Handwerker-Vereinshaus in Chemnitz statt.

Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung auf 1918 wurden genehmigt und der Ausschuss zur Prüfung der Rechnung auf das Jahr 1919 gewählt. Der Vorsitzende berichtete sodann über den erfolgten Antritt der vormaligen Knappschafts-Pensionskasse der von Krümmen Steinbohlenwerke in Planitz in die Allgemeine Knappschafts-Pensionskasse; die Versammlung erklärte sich mit dem Verschmelzungsvertrage der beiden Kassen einverstanden und ermächtigte den Vorstand, auch mit der Knappschafts-Pensionskasse des Zwilcher Brückenbergs-Steinbohlenwerke in nach den gleichen Grundrissen einen Anschließungsvertrag abzuschließen. Sodann fand die Neuwahl des gesamten Kassenvorstandes statt. Es wurden gewählt a) als wirkliche Vorstandsmitglieder die Herren Oberbergat Scheibner aus Lugau, Bergdirektor Kneifel aus Görsdorf, Bergingenieur Ebert aus Reuditz, Bergdirektor Kühn aus Kunitz, Geh. Bergat Georgi aus Jandrowitz, Häuer Albin Berger aus Dreilinden, Häuer Bernhard Meier aus Reuditz, Häuer Albin König aus Görsdorf, Häuer Eduard Schöbel aus Kleinmannsdorf, Häuer Josef Uhl aus Reuditz; b) als Ersatzmitglieder der Vorstandsmitglieder die Herren Bergdirektor Bergmann aus Reuditz, Bergdirektor Paulisch aus Jandrowitz, Bergdirektor Böhm aus Reuditz, Bergdirektor Ebert aus Reuditz, Bergdirektor Scheinl aus Kunitz, Häuer Max Dorn aus Großschönau, Häuer Arthur Paul Kraus aus Oberhohndorf, Häuer Moritz Kunze aus Lugau, Häuer Alfred Rade, Häuer Robert Paul Kraus aus Reuditz.

Die eingegangenen Anträge auf Erhöhung der Kassenleistungen erledigten sich durch den Entwurf des Kassenvorstandes, in dem bedeutende Erhöhungen der Kassenleistungen und der Beiträge vorgeschlagen wurden. Der Entwurf wurde genehmigt. Infolge wurde der Kassenvorstand ermächtigt, auch die Teuerungszulagen, die der Mehrzahl der zur Zeit vorhandenen Invaliden und Witwen gewährt werden, abermals zu erhöhen und zugleich auch die Einkommensgrenze, bis zu welcher die Teuerungszulagen gewährt werden, bei den Invaliden auf jährlich 1500 Mk. und bei den Witwen auf jährlich 800 Mk. zu erhöhen. Die neuen Bestimmungen treten am 1. Januar 1920 in Kraft.

Nach der Generalversammlung fand noch eine Sitzung des neu gewählten Kassenvorstandes statt. In dieser wurde Herr Oberbergat Scheibner wieder zum Vorsitzenden des Kassenvorstandes, Herr Geh. Bergat Georgi als erster und Herr Bergingenieur Ebert als zweiter Stellvertreter des Vorstandes gewählt. Schließlich wurden noch die verchiedenen Ausschüsse des Vorstandes neu besetzt.

Chemnitz. Seit einigen Wochen treten im Stadtgebiet für die vorgeschrittene Jahreszeit auffallend zahlreiche Mücken auf, von denen schon eine größere Anzahl tödlich geendet hat.

Frankenberg. Eine Typhus-Epidemie ist in Frankenberg und dem benachbarten Sachsenburg ausgebrochen.

Herrnhut. Am Sonntag nachmittag erlitt in der mit Getreide gefüllten Scheune des Gutbesizers Richtig Freyner, das in kurzer Zeit das Gebäude in Asche legte. In der Scheune lagerten auch die zum sofortigen Verbrauch bestimmten Kartoffeln, so daß der Schaden bedeutend ist. Es wird Brandversicherung angenommen!

Aus den Nachbargebieten.

Stadtwahlen in Halle.

Halle. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurden die Wahlen der unbesetzten Stadträte vorgenommen. Dabei erhielten die Unabhängigen fünf Mandate, die Deutschdemokraten vier, die Deutschen Nationalen zwei und die Mehrheitssozialisten ein Mandat. Die Parteien gingen, da Einigungsverhandlungen gescheitert waren, bei den Wahlen getrennt vor.

Wandendiebstahl.

Eisenach. Durch Wandendiebstahl wurden auf dem hiesigen Güterbahnhof Waren im Werte von rund 200 000 Mark entwendet. Die Diebe konnten festgenommen werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Gewerkschaftsartikel.

In der Versammlung vom 9. Oktober berichtete Genosse Schilling über die Tätigkeit des Kartellausschusses. Auf eine Eingabe an den Rat, der für eine Vermehrung der städtischen Notstandsarbeiten sorgen sollte, ist die Antwort eingelaufen, daß dieses nicht möglich ist, da ein Mangel an Bau- und Betriebsstoffen vorherrschte und auch die Stadt aus ihren Mitteln nicht in der Lage ist, ohne Reichs- oder Staatszuschuß größere Notstandsarbeiten vorzunehmen. In Versuchen, den größten Teil der Bekände des Bekleidungsamtes der niderbemittelten Bevölkerung in Leipzig zu erhalten, hat sich das Kartell beteiligt. Gleichzeitig ist die Erhaltung der Arbeitslosigkeit für die dort Beschäftigten Arbeiter mit erstrebt worden. Ein Ansuchen des Reichs-Arbeitsministeriums, einen Gewerkschaftsbeamten freizumachen, um für die Entlassung kommenden Angehörigen der Reichs-Arbeitsstellen zu beschaffen, hat der Ausschuss abgelehnt. Diese Leute haben das Recht, wie jeder andre erwerbslose Staatsbürger, die Arbeitsnachweise zu benutzen. Der Beschluß der Kartellversammlung, daß Herr Mjlan von der Vertretung des Stammanteils des Kartells am Volkshausunternehmen zurücktreten soll, ist Herrn Mjlan mitgeteilt worden. Eine Antwort ist nicht eingelaufen. Ob die Ausschussmitglieder die Arbeitsstellen abgeben dürfen und ob dieses Recht wertvoller ist als die Achtung vor dem Willen der Vertreter der organisierten Arbeiterkraft, ist dem Kartell nicht bekannt. Schaffung von geeigneten Arbeitsstellen für die Erwerbslosen ist beim Rat angesetzt worden. Das Kartell hat mit dem Arbeiterrat und der Parteileitung der U. S. P. auf eine Anfrage des Gewerkschafts erklärt, daß die drei Körperschaften die Einhaltung der Schutzbestimmungen für die jugendlichen Arbeiter unbedingt fordern. Am 4. November werde große Massenversammlungen des Kartells stattfinden; an diesem Tage sollen alle andern Veranstaltungen unterbleiben. Dem Arbeiter-Samariterbund wurden für das laufende Jahr 500 Mk. Beihilfe bewilligt. Mit den Gewerkschaftsvorständen soll die Lehrlingsfrage besprochen werden, um einheitliche Grundzüge für Lehrverträge festzusetzen.

In der Aussprache spielte das Preisprüfungsamt eine Rolle; sich an der Einrichtung durch Stellung eines andern Vertreters zu beteiligen, wurde abgelehnt.

Die Abrechnung vom Gewerkschaftsfest wurde auf Antrag der Revisoren für richtig erklärt. Für Unterrichtsleute der Betriebskassen wurden 2000 Mk. bewilligt.

Eine längere Aussprache fand statt über die Propaganda kommunistischer Kreise, die, Aufricht aus den Gewerkschaften. Genosse Heintzel erklärte u. a., daß darüber ein Beschluß der kommunistischen Partei nicht befinde. Ein Antrag des Genossen Reinde wurde einstimmig angenommen, der besagt, daß es Aufgabe der Arbeiterkraft sei, die Gewerkschaften als revolutionäre Kampforgan

Der Jahrmakht des Lebens.

Ein Roman ohne Helden von William Makepeace Thackeray.

„Also gut. Die Blumen und Geschenke und Koffer und Kutschlein des Fräulein Sedley sind nicht einem sehr kleinen und weitergebildeten alten Vederloffer, worauf Fräulein Sharps Karte weit befestigt ist und der von Samba mit grinsendem Gesicht aufgegeben und von dem Kutscher mit dem entsprechenden höflichen Lächeln hineingestellt wurde, in den Wagen gepackt worden — die Trennungsstunde kam und der Trennungschmerz wurde durch die bewundernswürdige Rede, welche Fräulein Pinkerton an ihre Schilte richtete, bedeutend gelindert. Diese Wirkung der Abschiedsrede lag jedoch nicht etwa darin, daß sie Amalthea zum Nachdenken anregte, oder durch ihre Gründe in irgendeiner Art mit Festigkeit waffnete, sondern daß sie unerschütterlich geistlos, hochtrabend und langweilig war und Fräulein Sedley, die sich vor ihrer Lehrerin ungemein fürchtete, nicht wagte, in ihrer Gegenwart den Ausdrücken ihres Privatlebens nachzugehen. In dem Empfangszimmer war ein Topf mit einer Flasche Wein aufgestellt, wie bei feierlichen Gelegenheiten, wo die Gäste das Jusitium besuchten; und nachdem Fräulein Sedley ihren Teil von diesen Erfrischungen genossen hatte, stand es ihr frei, zu gehen, wohin sie wollte.“

„Du wirst doch hineingehen und von Fräulein Pinkerton Abschied nehmen, Becken.“ sagte Fräulein Nemima zu einer jungen Dame, von der niemand Notiz nahm und die gerade mit ihrer eigenen Kutschkutsche die Treppe herunterkam.

„Ich denke, ich muß wohl“, sagte Fräulein Sharp zu Fräulein Nemimas großer Verwunderung ruhig, klopfte an die Tür, schritt, sobald sie Erlaubnis zum Eintritte erhalten hatte, vollkommen unbedürftig vor und sagte auf französisch und mit vorzüglichem Akzent: „Mademoiselle, je viens vous faire mes adieux.“

Fräulein Pinkerton verstand kein französisch, sondern bezahlte bloß die Lehrlinge, die es lehrten; sie sah sich daher in die Lippen und sagte, ihren ehrwürdigen, mit einer römischen Nase geschmückten Kopf (auf dem ein großer, feierlicher Turban prangte) aufwerfend: „Fräulein Sharp, ich wünsche Ihnen einen guten Morgen.“

Während die Semiramis von Dammermüßig also sprach, erhob sie die eine Hand, sowohl zum Zeichen des Abschieds, wie auch, um Fräulein Sharp Gelegenheit zu geben, einen Finger, den sie zu diesem Zwecke ausstreckte, zu schütteln.

Fräulein Sharp faltete jedoch bloß ihre Hände mit einem äußerst kalten Lächeln und Ariz, und schaute es gänzlich ab, die ihr angeborene Ehre anzunehmen, worauf Semiramis ihren Turban zorniger als je aufwarf. Das war nämlich eine kleine Schachtel zwischen der jungen und alten Dame, worin die erstere die Oberhand behielt. „Der Himmel behüte dich, mein Kind“, sagte sie, Amalthea umarmend und über ihre Schulter hinweg Fräulein Sharp während aufstarrend. „Komm fort, Becken“, sagte Fräulein Nemima, das junge Mädchen besorgte hinwegziehend, und die Semiramis schloß sich hinter ihnen auf.

Sodann kam das Abschiednehmen und Beschlagen unten, und das läßt sich nicht mit Worten schildern. Im Hausflur standen alle Dienstboten — alle teuren Freundinnen — alle jungen Damen — der Tanzlehrer, der eben gekommen war — und es gab ein solches Drängen und Umarmen und Küssen und Weinen — alles von dem hysterischen „Jus“ des Fräulein Sharps begleitet — wie es keine Feder zu beschreiben vermag, und ein gefühlvolles Herz gern übersehen möchte. Das Umarmen war vorüber; sie schieden — d. h. Fräulein Sedley schied von ihren Freundinnen, Fräulein Sharp war schon einige Minuten vorher unmerklich in den Wagen gestiegen. Niemand weinte bei ihrem Abschied.

Der kummervollgelagte Samba schloß die Kutschentür hinter seiner jungen, weinenden Herrin zu und sprang hinten auf. „Gut!“ rief Fräulein Nemima und schätzte mit einem Päckchen auf die Tür zu. „Es sind nur ein paar Butterbröte, liebes Kind“, sagte sie zu Amalthea. „Du weißt, du kannst hungrig werden; und Becken, Becken Sharp, hier ist ein Buch für dich, das meine Schwester — das heißt ich — Johnsons Dictionar, weißt du, du darfst und nicht ohne dasselbe verlassen. Es ist wohl. Fahrt zu, Kutscher, Gott behüte euch!“ Das gutherzige Geschöpf eilte, von ihren Empfindungen überwältigt, in den Garten zurück.

Doch ließ sie da, gerade als der Wagen abfuhr, sah Fräulein Sharp mit ihrem blauen Gesicht aus dem Fenster und schlenkerte das Buch über das Trottoir zurück in den Garten.

Bei diesem Anblick fiel Nemima vor Entsetzen fast in Ohnmacht. „Nein, so etwas habe ich doch noch nie“, — sagte sie, „welch ein troisches“ — ihre Geisteskräfte waren zu stark, als daß sie einen von den beiden Sagen hätte vollenden können. Der Wagen rollte von dannen; die große Tür wurde geschlossen, die Glocke rief zur Langstunde; die beiden jungen Damen haben die Welt vor sich, und so leb denn wohl, Chiswick-Moat.

Zweites Kapitel.

Worin sich Fräulein Sharp und Fräulein Sedley auf die Eröffnung des Feldzuges vorbereiten.

Als Fräulein Sharp die im vorigen Kapitel erzählte heroische Tat vollbracht, und das über den kleinen Garten hinwegfliegende Dictionar vor den Füßen des entsetzten Fräulein Nemima hatte niederfallen sehen, nahm das Antlitz der jungen Dame, welches bisher den Ausdruck des lächelnden Hoffens getragen hatte, ein Lächeln an, welches wohl kaum angenehmer war als jener; sie sank mit erleichterten Herzen auf ihren Sitz zurück und sagte: „Das für das Dictionar, und Gott sei Dank, daß ich aus Chiswick heraus bin.“

Fräulein Sedley war über diese Handlung fast ebenso erschrocken wie Fräulein Nemima, denn man muß bedenken, daß sie vor kaum einer Minute die Schule verlassen hatte, und die Eindrücke von sechs Jahren sich in diesem Zeitraum nicht verwischen. Sie manden dauern diese Schrecken der Jugendzeit sogar bis an ihren Tod. Ich kenne z. B. einen alten achtundsechzigjährigen Herrn, der mir eines Morgens beim Frühstück mit sehr bewegter Miene erzählte: „Ich träumte heute Nacht, ich würde von Doktor Maine durchgeprügelt.“ Die Phantasie hatte ihn in jener Nacht fünfundsünfzig Jahre zurückgeführt, und Doktor Maine mit seinem Mädchen erschien ihm in seinem Herzen im achtundsechzigsten Jahre noch ebenso fürchterlich als er im dreizehnten gewesen war. Wenn ihm der Doktor selbst nach elf lustigen leibhaftig mit einer großen Rute erschienen wäre und mit fürchterlicher Stimme gerufen hätte: „Junge, geh! die Hosen runter!“ — Run wohl, Fräulein Sedley war über diese subordinationswidrige Handlung ungemein erschrocken.

„Wie konnten Sie das tun, Rebekka?“ sagte sie endlich.

„Wie, denken Sie, daß Fräulein Pinkerton herauströmen und mich wieder in das schwarze Loch stecken wird?“ erwiderte Rebekka lachend.

„Nein, aber —“

„Ich hoffe das ganze Daus“, fuhr Fräulein Sharp willend fort. „Ich hoffe, daß es meine Augen nie wieder erblicken werden. Ich wünschte, es wäre auf dem Grunde der Themse; und wenn Fräulein Pinkerton im Wasser läge, so würde ich sie nicht herausziehen, nein, das würde ich nicht. O, wie angenehm mir der Anblick sein würde, wenn sie dort im Wasser schwämme, samt ihrem Turban, und ihre Schleppe hinter sich herziehe, und ihre Nase herausragt wie das Vorderende eines Rahns.“

„W!“ rief Fräulein Sedley.

„Wie — wird es der schwarze Lataz weiter erzählen?“ lachte Fräulein Rebekka. „Meinetwegen mag er zurückkehren und Fräulein Pinkerton sagen, daß ich sie von ganzer Seele, von ganzem Herzen und von ganzem Gemüte hasse; ich wünsche es sogar und ich möchte im-

lande sein, es ihr zu beweisen. Zwei Jahre lang habe ich nichts als Beleidigungen und Böses von ihr empfangen. Man hat mich schämlicher als eine Küchenmagd behandelt. Ich habe nie eine Freundin gehabt oder ein freundliches Wort gehört außer von Ihnen. Ich habe die Kinder in der untersten Klasse warten und mit den jungen Damen französisch sprechen müssen, bis mir meine Muttersprache zum Stel wurde. War aber das Französischsprechen bei Fräulein Pinkerton nicht ein willkürlicher Spatz? Sie versteht kein Wort französisch und war zu stolz, es zu bekennen. Ich glaube, das war der einzige Grund, weshalb sie mich gehen ließ, und so Gott sei Dank für das Französisch. Vive la France! Vive l'Empereur! Vive Bonaparte!“ (Es lebe Frankreich! Es lebe der Kaiser! Es lebe Bonaparte!)

„O Rebekka, Rebekka, schämen Sie sich!“ rief Fräulein Sedley, denn dies war die größte Blasphemie, welche Rebekka ausgesprochen hatte, und zu jener Zeit in England zu sagen: „Es lebe Bonaparte!“ war ebenso schrecklich als zu sagen: „Es lebe Zugisler!“ — „Wie können Sie es wagen, so gottlose, rachsüchtige Gedanken zu hegen?“

„Die Sache mag gottlos sein, aber sie ist natürlich“, erwiderte Fräulein Rebekka. „Ich bin kein Engel.“ Und die Wahrheit zu sagen — nein, sie war kein Engel.

Es muß im Verlauf dieser kurzen Unterhaltung (welche stattdessen, während die Kutsche gemächlich am Flußufer hinstellte) bemerkt werden, daß, obwohl Fräulein Rebekka Sharp zweimal Anstoß gehabt hat dem Himmel zu danken, dies doch erstens dafür geschah, daß sie von einer Person, welche sie hasste, los kam, und zweitens, daß sie imstande war, ihre Feinde in eine gewisse Verwirrung zu bringen, Motive, von denen keine sonderlichen Anlaß zu religiöser Dankbarkeit geben sollte oder von gutmütigen und verständlichen Menschen vorgebracht werden würde. Fräulein Rebekka war jedoch damals nicht im geringsten gutmütig oder verständlich. Die ganze Welt mißhandelte sie, sagte diese junge Misanthropin (oder Misogynin, denn von der Männerwelt konnte sie doch nur geringe Erfahrung haben), aber wir können mit ziemlicher Gewißheit annehmen, daß diejenigen Personen beider Geschlechter, welche von der ganzen Welt mißhandelt werden, die ihnen zufallende Behandlung auch vollkommen verdienen. Die Welt ist ein Spiegel und gibt einem jeden ein treues Abbild seines eigenen Gesichts zurück. Zeige ihr eine gerunzelte Stirn, so wird sie dich ebenfalls finster anblicken, lache sie an, und lache mit ihr, so wird sie dir ein munteres, quirlendes Gesicht zeigen; es mühen also alle jungen Leute danach ihre Waise treffen. Soviel ist wenigstens gewiß, daß, wenn die Welt Fräulein Sharp vernachlässigt, diese im Gegenteil auch nie eine gute Handlung gegen irgend jemand ausgeübt hätte; ebensowenig stand es zu erwarten, daß vierundzwanzig junge Damen alle ebenso lebenswichtig sein würden als Fräulein Sedley, die Geliebte dieses Werkes (die wir ja nur aus dem Grunde gewähnt haben, weil sie die gutartige Frau von allen war, denn was um des Himmels willen hätte uns sonst verblühen können, Fräulein Sharp oder Fräulein Krump oder Fräulein Hopkins an ihrer Seite zu Geliebten zu nehmen?). Es war nicht zu erwarten, daß ein jedes den bescheidenden und lauten Charakter des Fräulein Amalthea Sedley hatte, und jede Gelegenheit ergriff, um Rebekkas Starrsinn und läbliche Laune zu beslegen, und durch tausend freundliche Worte und Dienstleistungen sie in einem Falle wenigstens zu zwingen, ihre Feindseligkeit gegen ihr Geschlecht zu verlernen.

(Fortsetzung folgt.)

Platinfunde in Westfalen.

Aus dem Sauerlande, wo im Jahre 1918 die ersten Platin bergenden Ablagerungen gefunden wurden, kommt die Nachricht, daß dort neuerdings größere Platinfunde gemacht worden sind. Diese Entdeckung bildet insofern keine Ueberraschung, als man nach den bisherigen Untersuchungen bereits mit ziemlich großer Sicherheit annehmen konnte, daß in den Lagern von Grauwachs, Tonstiefeln und Schwarzsandstein des Sauerlandes beträchtliche Platinnengen verborgen sind, deren Abbau sich unter Anwendung geeigneter technischer Methoden lohnen muß. Das bisher angewandte Verfahren bebarf dazu noch der Verbesserung; es ist aber wohl zweifellos, daß es in nicht zu ferner Zeit gelingen wird, die Gewinnung des kostbaren Edelmetalls nutzbringend zu gestalten.

Bereits im Jahre 1918 begann man damit, bei Ope in Westfalen, wo die ersten Platinfunde gelangen, ein Platinwerk entstehen zu lassen. Mittlerweile ist auch im Arnberger Waide Platin festgestellt worden, und die Ansicht der Geologen geht dahin, daß die Vorkommen im Sauerlande mächtiger seien als die im Ural, der seit langem die wichtigste Fundstätte für das unentbehrliche Metall bildet. Dort, und zwar in den Distrikten Nishne Tagilsk, Bissersk und Gereschagodat wird seit mehr als einem halben Jahrhundert das mit anderen Edelmetallen vorkommende Platin im großen Maßstabe und in immer gründlicherer Weise durch einen einfachen Waschprozeß gewonnen. Die Menge des in den genannten Bezirken bis heute erzeugten Platins wird auf 100 000 Kilogramm geschätzt. Neben dem Ural kommt als Lieferant für Platin nur noch die südamerikanische Republik Columbia in Betracht; die dortige Ausbeute ist aber nur gering. Früher diente das Metall in Russland, weil es damals billiger als Silber war, als Münzmetall; mit seinem zunehmenden Wert hörte diese Verwendung jedoch auf. Dabei unterließ man es absichtlich, die Erzeugung erheblich zu steigern, weil man den Preis hochhalten wollte, was den Angehörigen der russischen Bergwerks-gesellschaftene denn auch glänzend gelungen ist. Letzten Endes sind dies die Notzstände, zu deren Händen sich die Société Anonyme d'Industrie du Platin zu Paris befindet. Zwei Tochtergesellschaften von ihr, die Société du Platin und die Petersburger Gesellschaft Platina, kontrollierten nämlich noch während des Krieges nicht weniger als 85 bis 90 Prozent der gesamten Ausbeute, wenn nicht noch mehr, da seit dem Jahre 1910 auch die Platinwäshen des Fürsten Demidow in ihrem Besitz sind. Nachdem aber infolge der Revolution jede Zufuhr aus dem Ural aufgehört hat, sind die Platinpreise, die während des Krieges in Deutschland schon ungeheuer hoch waren, auch auf dem Weltmarkt ins Unermeßliche gestiegen. Vor zehn Jahren kostete ein Kilogramm Platin 3980 Mk., ein Preis, der den des Goldes, das 2070 Mk. kostet, bereits übersteigt. Dann setzte eine gewaltige Aufwärtbewegung ein: 1910 kostete das Kilogramm Platin 4420 Mk., und im Jahre 1911 war es bereits auf 5000 Mk. gestiegen. Kurz vor Beginn der russischen Revolution, zu Anfang des Jahres 1917, betrug der Platinpreis in Russland 8000 Mk.; bei uns wurden aber damals schon 80 000 Mk. für das Kilogramm gezahlt, weil das seltene Metall für eine Reihe technischer und chemischer Vertriebe unentbehrlich ist. Die verschiedensten chemischen Fabriken, die Schwefelsäureaffinerien, die Gold- und Silberhüttenanstalten, fast sämtliche Laboratorien verwenden ohne Platin in Gestalt von Schalen oder Wölfeln nicht auszukommen. Auch in der Elektrotechnik, z. B. als Elektrodenmaterial, weiter in der Jagentechnik bedarf man ebenfalls des Platins, das wegen seines chemischen Verhaltens unerschütterlich ist. So liegt sein Schmelzpunkt bei 1780 Grad, es kann also nur unter Anwendung außerordentlicher Hilfsmittel geschmolzen werden; es ist nur in Kollliegen unter Zufuhrnahme eines Knallgasgemisches, neuerdings auch mit Hilfe der Hitze des elektrischen Stroms schmelzbar, und von Säuren wirkt nur Königswasser auf Platin. Schon vor dem Kriege kostete ein Platinkegel, wie er in der Industrie verwendet wird, oft 80 000 bis 40 000 Mark; heute ist der Preis für solche Gefäßstücke, dem des Edelmetalls entsprechend, natürlich ins Phantastische gestiegen.

Als Muttererz des Platins gelten die primären Lagerstätten in sehr altem Gestein. Die das Platin enthaltenden Gesteine gehören zu den ältesten Ablagerungen, die sich über dem kristallinen Grund-

gebirge ausgebreitet haben, und bilden die Abfälle eines Meeres, das, soweit es sich um die Fundstätten im Sauerlande handelt, im jurassischen und devonischen Zeit das heutige Mitteleuropa bedeckte, und dem bei seinem Vorrücken große Massen des ehemaligen Festlandes zum Opfer fielen. Die ursprünglich aus Tonstiefeln, Sand und Kies bestehenden Ablagerungen wurden bei einer späteren Hebung des Meeresbodens landfest und sind bei der großartigen Gebirgsaufsichtigung, die während der Steinlohlenzeit in Mitteleuropa erfolgte, zu engen, vielfach zersetzten und überschobenen Falten zusammengestaucht worden. Während dieser Periode wurden die ehemals lockeren Massen in Tonstiefeln, Sandstein und Grauwachen umgewandelt, wie sie heute noch das Rheinische Schiefergebirge zeigt, in dessen gewaltigen Gesteinsmassen sich innerhalb einiger Schichten in feinsten Verteilung Platin findet. Ursprünglich hat sich Platin wohl aus noch flüchtigen eruptivem Gasen ausgeföhren. Wegen seiner ungleichmäßigen Verteilung kann das Edelmetall nicht mit Vorteil aus dem Muttererz gewonnen werden; erst nach dessen Zerfall und Zerdrückung sammeln sich Mengen des spezifisch schwereren Metalls an, die abbaubarer Lagerstätten, die man bergmännisch „Teufen“ nennt, schufen. Wie gering aber die Menge des in den Lagerstätten enthaltenen Platins ist, zeigt der Umstand, daß nach Analysen im Sauerlande stellenweise nur 0,8 bis 3,8 Gramm Platin auf die Tonne Gestein kommen; andre Analysen ergeben jedoch 30 bis 33,5 Gramm auf die Tonne. Wahrscheinlich ist also das Edelmetall sehr ungleichmäßig verteilt. Im Ural sollen ursprünglich 60 bis 100 Gramm Platin auf die Tonne enthalten gewesen sein; diese reichen Lagerstätten sind aber längst erschöpft, und heute beträgt die Ausbeute auch dort nur noch etwa 2 1/2 Gramm pro Tonne.

Erst in der Neuzeit wurde dieses kostbarste aller Metalle bekannt. Sein Entdecker ist der spanische Mathematiker Anton B. Ule, der es in dem goldführenden Sande des Flusses Pinto in Choco (Kolumbien) in Südamerika auffand, es aber anfänglich für Silber hielt. Daher auch der Name des Platins, vom spanischen Wort „plata“, Silber. Erst im Jahre 1762 erkannte der schwedische Mineralogische Direktor Scheffer das Platin als ein besonderes Metall.

Kleine Chronik.

Märchenabend von Lisa Tegner. In einem bei Bieberich erschienenen Büchlein von Märchenzählern im Volke schildert Lisa Tegner in Briesen, wie sie einen Sommer lang in Thüringen von Dorf zu Dorf gezogen ist und den Kindern überall Märchen erzählt hat. Schon die feine, lebenswarme Schilderung zeigt die große Liebe zu den Märchen und den Kindern, die sie besetzt, und einen Wagnis jener Freierstunden besamen gestern die zahlreichen Zuhörer im Saale der Handelsbüchse zu spüren. Es war nur ein Wagnis, denn für solche Kunst ist der Vortragsaal viel zu konventionell. Die Vortragende hatte wohl auch geglaubt, dem Publikum Konzeptionen machen zu müssen, und brachte im zweiten Teil zwei Legenden, von denen besonders Kellers Tanzlegenden sich nicht dazu eignen, frei gesprochen zu werden. Um so glücklicher waren die Märchen des ersten Teils ausgewählt und vorgelesen, die Großen und Kleinen waren denn auch dem warmherzigen Mädchen, das diese Welt der Prinzessinnen so lebendig vor ihnen erschien, von Herzen dankbar. G. S.

Städtische Theater. Zur Aufführung von Eugen d'Alberis Revolution hörszeit sind die Anmeldungen so zahlreich eingelaufen, daß eine sehr große Anzahl von Vorstellungen nicht befristet werden konnte. Um den Andrang bei Ausgabe der verfügbaren Karten zu vermeiden, beginnt die Ausgabe ausnahmsweise schon am Donnerstag, dem 28. Oktober, vormittags von 10 bis 2 Uhr, an der Tageskasse des neuen Theaters. Die Aufführung findet bei erhöhten Preisen statt.

Konzert zum Festen der Unterstufungsklasse des technischen Personals der Städtischen Theater. Am 29. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, findet im Alten Theater unter Mitwirkung Eugen d'Alberis, Otto Hoffe, Konzertmeister Wolfgang, Kläre Hansen-Schultheiß, Klara Sanden, Daus Rihmann und Ernst Possomy ein Konzertabend statt. Karten sind ab 28. Oktober an der Kasse des Alten Theaters zu haben, ebenso die ausführliche Vortragsliste.

Das Leipziger Hofquartier veranstaltet heute im großen Festsaal des Zentraltheaters ein volkstümliches Konzert. Mitwirkende: Bernh. Wildenhain. Karten zu 1.10 Mk. bei Klemm und Grubel.

Die öffentliche Bibliothek und Lesehalle in Berlin. Hugo Deimann's ausgezeichnete Stiftung, wird demnächst geschlossen werden. In der Ausleihbibliothek werden am 24. Oktober zum letzten Mal Bücher ausgegeben. Die Lesehalle, mit ihren 520 Zeitungen und Zeitfchriften jeder Art und Mischung und einer Nachschlagelbibliothek von 2448 Bänden, wird dem Publikum bis zum Ende des Jahres in den Abendstunden offen stehen. In den 20 Jahren ihres Bestehens sind von der Ausleihbibliothek rund 1 300 000 Bände versehen worden. Die Lesehalle wurde in dieser Zeit von 1 100 000 Personen genutzt. Im ganzen hatte das Institut 2 400 000 Besucher auszuweisen. Hugo Deimann muß die Lesehalle Bibliothek und Lesehalle, die er am 25. Oktober 1899 gegründet und seitdem erhalten hat, zu seinem Verbauern schließen, weil er infolge der veränderten Verhältnisse nicht mehr in der Lage ist, das Institut weiterzuführen.

L'accuse (3. H. II. a. n.). Der Verleger Verlag „Neues Vaterland“ will dieses Werk, das größte Fernrohr der Welt zu besitzen. Diefen Rubin wird er aber bald an die neue Sternwarte der kanadischen Regierung in Victoria, British-Columbia, abtreten müssen. Das große Spiegelteleskop dieser Sternwarte mißt 72 Zoll (ungefähr 1.87 Meter) Durchmesser, während das Fernrohr auf der Herkessternwarte nur 40 Zoll mißt. Die Wahl eines passenden Plases für das Observatorium bot viele Schwierigkeiten. Endlich entschloß man sich wegen seiner Höhenlage und seiner reinen und klaren Luft für Victoria. Man glaubt, daß das Instrument hier doppelt so viel leisten kann als an irgendeinem Platz in Kanada. Die Lage der neuen Sternwarte ist ideal. Sie liegt auf der Höhe eines Fingels, 732 Fuß über dem Meer und etwa acht englische Meilen von der Stadt entfernt. Das Gebäude selbst ist rund und vollkommen aus Stahl erbaut, mißt 66 Fuß im Durchmesser und 75 Fuß Höhe. Das Rohr des Teleskops ist 40 Fuß lang und weit genug, um ein gewöhnliches Automobil durchzulassen. Sieden Jahre hat es gedauert, die Arbeiten an diesem Riesenteleskop beendigt waren.

14. Generalversammlung der Metallarbeiter.

Stuttgart, den 21. Oktober.

Am Montag wurde die Beratung des Verbandstatuts fortgesetzt. Dabei wurde die Erhöhung der Streikunterstützung auf 80 M. Grundbeitrag wesentlich mit entsprechenden Zulagen beschlossen. Dieser Beschluss gilt vom 1. Oktober ab, während die übrigen Bestimmungen des neuen Statuts erst am 1. Januar 1920 in Kraft treten. Da die Mehrheit des Verbandstags grundsätzlich der Auffassung ist, daß der Verband eine Kampfsorganisation und keine Unterstützungsvereinigung ist, wurde die von der Statutenberatungskommission vorgeschlagene Erhöhung der Gewerkschaftenunterstützung, darunter auch die Krankenunterstützung, abgelehnt. Das ist freilich nur ein kleiner Schritt zum Abbau der Unterstützungsabteilungen, mehr war aber bei der Zusammenfassung des Verbandstags überhaupt nicht zu erreichen. Bei einer starken Minderheit der Generalversammlung hat auch dieser geringe Abbau schwere Sorgen um die Werkkraft des Verbands ausgelöst.

Die Statutenberatung wurde durch die Vorstandswahl unterbrochen. Gewählt wurden als Vorstände mit gleichen Rechten: Dillmann (Frankfurt) mit 188 und Brandes (Magdeburg) mit 182 Stimmen (beide neugewählt), Reichel mit 189 Stimmen (vom alten Vorstand). Als Sekretäre wurden neugewählt: Topf (Berlin) mit 184, Schließkecht (Helmstedt) mit 162, Sideri (Hamburg) mit 180 Stimmen, mit 189 Stimmen wurde Jernicke (vom alten Vorstand) zum Sekretär gewählt. Als Hauptkassierer wurde gewählt: Werner (vom alten Vorstand) mit 148 Stimmen, neugewählt wurde Schäfer (Leipzig) als zweiter Kassierer mit 194 Stimmen. Als Redakteure erhielten Müller (Berlin) und Gause (Kiel) je 181 Stimmen. Als Ausschussvorsitzende erhielten Hann (Frankfurt) 178 und Baumann (Frankfurt) 152 Stimmen.

Die Opposition hatte von den Neugewählten eine bestimmte Erklärung über ihre zukünftige Arbeit verlangt. Im Namen der Gewählten erklärte Brandes, daß alle Gewählten bereit sind, nach den Beschlüssen des Verbandstags und auf dem Boden des Statuts die übertragenen schweren Pflichten zu erfüllen.

Der nicht wiedergewählte Redakteur Scherz hat von der Generalversammlung den Auftrag erhalten, die Geschichte des Verbands zu schreiben, sein jüngerer Kollege Düst wird voraussichtlich im literarischen Bureau des Verbands arbeiten.

Am Dienstag wird die Generalversammlung noch den Bericht der Beschwerdekommision behandeln und die Wahlen von 9 Delegierten zum internationalen Metallarbeiterkongress vornehmen.

Stuttgart, 18. Oktober.

Sechster Verhandlungstag.

Zur Verhandlung kommen: Die Arbeitsgemeinschaften und die nächsten Aufgaben der Organisation. Berichterstatter Jernicke.

Jernicke gibt einen geschichtlichen Überblick. Die Arbeitsgemeinschaften seien im Kriege entstanden. Ihre Vorläufer seien die Kriegsaussschüsse, die in Berlin zuerst ins Leben gerufen wurden mit der Zustimmung der Berliner Metallarbeiter. Nach Berlin sind dann Bayern und Württemberg gefolgt. Diese Kriegsaussschüsse waren paritätisch zusammengesetzt und die Gewerkschaften verfolgten den Zweck, die wirtschaftlichen Interessen zu wahren. 1915 habe Schilde auf dem Verbandstage in einem Vortrage denselben Gedanken entwickelt und sei einstimmig beschlossen worden, diesen Vortrag in Druck zu geben. Der Vorwurf, daß der Vorstand Verrat begangen habe, sei deshalb hinfällig und unberücksichtigt. Dieser Verbandstag habe damals bereits die Richtlinien des Vorstandes festgelegt. Mit Recht ist er der Meinung, daß die Arbeitsgemeinschaften eine langfristige Orientierung der Tarifverträge seien. Jernicke zeigt an Hand einer graphischen Darstellung, die allen Delegierten vorliegt, wie die Arbeitsgemeinschaften sich aufbauen und stellt das Räteystem gegenüber und meint, daß den Arbeitsgemeinschaften der Vortzug gelte, weil über das Räteystem die Anschauungen auseinandergehen und die Arbeiterklasse auch noch nicht die politische Macht habe. Die andern Ausführungen Jernickes sollen den Nachweis erbringen, daß wir (Deutschland) nicht einen Teilsocialismus durchzuführen können, weil wir vollständig mit der Weltwirtschaft verflochten sind. Seine Ausführungen laßt er zusammen in dem Gedanken, daß der Verband aus dem Stadium der Agitation heraus sei und zur praktischen Arbeit zu schreiten habe und hält die Arbeitsgemeinschaften als das einzige Mittel, das das deutsche Volk aus der Misere herausführen kann.

Richard Müller-Berlin als Referent der Opposition gegen die Arbeitsgemeinschaften zitiert eingangs seiner Rede ein Wort Schildes: „Stellt euch auf den Boden der Wirklichkeit“ und sagt als Motto hinzu: „und verlaßt den Boden des Sozialismus nicht.“ Er ist ganz der Meinung, was der Vorstand in seinem Bericht sagt, daß es keine Schonung der Unternehmergewinne geben darf und eine höhere Form der Gütererzeugung kommen muß. Das sind aber politische Forderungen und darum müsse unsere Organisation auf diesen Kampf eingestellt werden. Dazu seien aber die Arbeitsgemeinschaften, die den Kapitalismus zu verankern geeignet sind, kein geeignetes Mittel. Wohl können Vereinbarungen mit den Unternehmern stattfinden, aber das könne nur ein Waffenstillstand sein. Die Arbeitsgemeinschaften aber haben zur Grundlage, daß alle Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern durch die Vorstände resp. Gruppenvorstände geschlichtet werden, ohne Befragung der Arbeiter, wodurch das Streikrecht illusorisch gemacht werde. Es sei eine Ironie, daß die Arbeitsgemeinschaften ihre Sitzungen dem Geiste nach von denen der gelben Verbände entlehnt haben. Die Arbeitsgemeinschaften haben die Zerstörung der Produktion und Behinderung von Störungen zum Programm, und sollen schlichtend und ausgleichend zwischen Kapital und Arbeit wirken.

Was der Förderung der Produktion dient, soll paritätisch gesehen, aber wo es sich um den Gewinn handelt, hört es sich an, die Arbeitsgemeinschaft habe beim Geldschranke auf. Die Unternehmer haben die Arbeitsgemeinschaft nur um ihrer Propagandaerzwecke angeht. Ihr Ideal noch die ganze Wirtschaftspolitik der Regierung zugrunde, was besonders in der Programmrede Bauers vom 28. Juni zum Ausdruck komme. Wann ist die Idee der Arbeitsgemeinschaft entstanden? Am 11. November. Zwei Tage nach der Revolution berieten die Unternehmer in Düsseldorf im Stahlhof, wie der brechenden Sozialisierung begegnet werden könne, und sie verließen auf den Gedanken, daß nur die Gewerkschaften helfen könnten; daraufhin sei in Berlin mit den Gewerkschaftsvorständen verhandelt und die Grundlinien festgelegt worden. Dabei haben die Unternehmer die gelben Gewerkschaften sollen verlassen mit der Vereinbarung, daß sie durch Selbständigkeit die Grundsicherung zu erlangen haben. Dem wurde von den Vertretern des Metallarbeiterverbandes zugestimmt, was eine Anerkennung der Gleichberechtigung der Gelben bedeutet. Darum nehme er (Müller) kein Wort seiner Berliner Resolution zurück. (Lebhafte Zustimmung.) Keine Arbeitsgemeinschaft, sondern Kampf, der der Motor aller Gelände ist.

Müller tritt für einen Industrieverband ein, der alle Gelbes- und Handarbeiter umfaßt. An Hand einer graphischen Darstellung zeigt er das wirtschaftliche Räteystem. Er zitiert Müller und sagt, daß die Nationalversammlung in der Geschichte bewertet werden wird, wie das Frankfurter Parlament von 1848. Die das Unternehmertum jeden wirklichen Einfluß der Arbeiter zu unterbinden versucht, beweisen die Kräfte in der Nationalversammlung, daß den Betriebsräte die Einsicht in die Bilanz verwehrt werden soll. In diesem großen Kampfe gegen das Kapital müssen sich die Gewerkschaften von dem Rufe der Kriegspolitik befreien. Am Schlusse legt er eine Entschlüsselung vor, die die ganze Frage der Arbeitsgemeinschaft und die Stellung der Gewerkschaften grundsätzlich klarlegt und schließt mit dem Rufe zur Beseitigung des Kapitalismus. (Lebhafte Beifall.)

Kollege Domes aus Deutsch-Oesterreich, der abreisen muß, richtet noch einige Worte an die Generalversammlung und meint, daß er mit seinem Kollegen Wiedenhöfer es liebhaft bedauere, daß sie noch „Ausländer“ seien und an der Aussprache sich nicht beteiligen könnten. Er habe den festen Eindruck, daß die geglossene Aussprache auf der Generalversammlung aneinanderstöße, statt einen gemeinsamen Kampfsoßen zu finden.

Stuttgart, 18. Oktober.

Sechster Verhandlungstag. (Nachmittags Sitzung.)

In der Nachmittags Sitzung stehen die Referate von Jernicke und Müller-Berlin zur Debatte.

Wie sich Breslau hält an der Tarifpolitik fest, tritt entschieden für die Arbeitsgemeinschaften ein. Er wirft den Großstadtkollegen vor, daß sie wenig Verständnis für die Verhältnisse der Provinz hätten.

Müller-Bremen steht in dem Personenwechsel des Vorstandes noch keine Garantie, daß eine andrer Kurs folgen werde. Er tritt für das Räteystem ein und sagt, daß der Zweck der Gewerkschaften die Verbesserung der Lage der Arbeiter sei, aber daß der Endzweck die Beseitigung des Kapitalismus sei.

Sichert-Mannheim erhebt starke Bedenken gegen die Sozialisierung, daß die Kopsarbeiter noch sehr unklar seien und den Sozialismus sohöleren Können, deshalb seien die Arbeitsgemeinschaften eine Vorstufe für den Sozialismus.

Wagner-Hamburg entgegnet, daß die Betriebsräte überall niedergehalten würden, man solle doch erst armar, wie sie sich verhalten. Man fürchte aber die Entfaltung der Betriebsräte.

Dele (Arbeitsgemeinschaft) führt aus, daß im rheinisch-westfälischen Industriegebiet erst durch das Pfälzchenkeß eine feste Grundlage für den Verband geschaffen worden sei. Der Kapitalismus läge nicht am Boden, wie viele Redner meinen. Die Arbeitsgemeinschaft soll noch keine Interessengemeinschaft mit den Unternehmern sein.

Dillmann-Frankfurt führt aus, daß die Arbeitsgemeinschaft abzulehnen sei, weil sie abwärts vom Klassenkampf führe. Unfre Kollision führe noch zu seinem Bruche mit dem Gewerkschaftsbunde.

Jernicke verteidigt nochmals die Arbeitsgemeinschaften und den durch den Vorstand eingeschlagenen Weg dazu.

Müller-Berlin behauptet in seinem Schlußwort, daß er wegen Zeitmangels nicht über das Räteystem habe sprechen können. Er zerstückelt in seinen weiteren Ausführungen die Gegenresolution Gause zur Arbeitsgemeinschaft, das Räteystem sei der einzige Weg, um einer Wirtschaftskatastrophe zu begegnen. Damit hatte die Aussprache über die Arbeitsgemeinschaft ihr Ende erreicht. Nun folgte die Abstimmung über die Anträge zum Bericht des Hauptvorstandes. Der Antrag Dillmann wird mit 194 gegen 129 Stimmen angenommen. Der Antrag lautet:

„Die Generalversammlung verurteilt die Haltung und Politik, die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und von den leitenden Instanzen unseres Verbandes während den Jahren des Krieges wie nach den Novembertagen 1918 eingenommen wurde.“

Jene Kriegspolitik ließ den Klassenkampfcharakter der Gewerkschaften verschwinden und sand ihren Anklus an der Seite der herrschenden Klasse, der bürgerlichen Parteien, und führt zum engsten Zusammenarbeiten mit dem Unternehmertum in den sogenannten Arbeitsgemeinschaften, in denen sich die Vertreter freier Gewerkschaften in holder Eintracht mit den Widersachern der Arbeiterklasse, den Kapitalisten, zusammengefunden haben.

Die verwerfliche Kriegspolitik der leitenden Gewerkschaftsinstanzen und Vorstände fand ihre logische Fortsetzung nach den Tagen der Revolution. Anstatt den revolutionären Kampf des Proletariats mit allem Nachdruck zu fordern, wurde die Geltung der gleichen Gewerkschaftsinstanzen vielfach zu einem Semmel des proletarischen Befreiungskampfes inmitten der Revolution.

Der Wiedereinbau unserer Volkswirtschaft muß ein sozialistischer sein. Davon ausgehend sind Haltung und Politik des Verbandes konsequent auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes und des Räteystems einzustellen, um den Kampf des Proletariats zum schnelleren und sicheren Siege des Sozialismus zu führen, mitzudein in der streitenden Weltrevolution des Proletariats.

Innerhalb des Metallarbeiterverbandes ist den Mitglidern in weitestgehendem Sinne das Wahl- und Selbstbestimmungsrecht zu gewährleisten. Ueber rein bürgerliche Angelegenheiten entscheidet die Mitgliedschaft am Orte, desgleichen über die Verwendung der Totalgelder, sowie der Hebung und Verwendung bürgerlicher Extrabeiträge.

Verwaltungsstellen, deren Generalversammlungen sich nach einem Vertretersystem zusammensetzen, haben letzteren eine Grundlage zu geben, die es den Mitglidern vor dem Stattfinden einer jeden Generalversammlung — solche haben mindestens vierstellig — statzfinden — ermöglicht, ihre Vertreter zur jeweiligen Generalversammlung zu bestimmen.

Die Angestellten der Organisation haben sich gleich den Ortsverwaltungen einer jährlichen Renauung zu unterziehen. Das gleiche gilt für die Angestellten in den einzelnen Bezirken durch die zukünftigen Bezirksorganisationen bezw. Bezirkskonferenzen.

Die Ortsverwaltungen bedürfen keiner Befähigung durch den Vorstand.“ Dillmann.

Die Resolution Müller-Berlin über die Arbeitsgemeinschaften wird ebenfalls mit 194 gegen 129 Stimmen angenommen.

Durch die Annahme der Resolution Müller sind die Arbeitsgemeinschaften für die Metallindustrie erledigt. Sie lautet:

Erklärung: Die Novemberrevolution hat der deutschen Arbeiterklasse die Befreiung vom kapitalistischen Joch nicht gebracht. Beim Ausbruch der Revolution verlor die kapitalistische Gesellschaft durch straffen Zusammenschluß ihrer Kräfte und deren rücksichtslose Einschaltung in wirtschaftlichen und politischen Kampfe, ferner durch Dienstverarmung der politischen und militärischen Gewaltmittel die Arbeiterklasse zu willenslosen Ausbeutungsoffizieren herabzudrücken. Die kapitalistische Gesellschaft, geschwächt durch den in ihrem Schoße aborenen Weltkrieg, erhofft von diesem Vorgehen die Wiederherstellung und dauernde Sicherung ihrer Herrschaft, und die Behinderung, des von der Arbeiterklasse verlangten sozialistischen Gemeinwesens. Dieses Bestreben der kapitalistischen Gesellschaft hat die von jeder bestehenden Klassenegensätze und die dadurch bedingten Klassenkämpfe und innerliche Ketzerei und sie mehr und mehr zu reinen Machtkämpfen zwischen Arbeit und Kapital auszuwachsen lassen.

Diese Klassenegensätze und Klassenkämpfe durch Schaffung von Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeit und Kapital zu überbrücken ist ein Versuch, der nur Verwirrung in die

Reihen der Arbeiter trägt und den erforderlichen Klassenkampf unterbinden muß.

Die Arbeiterklasse, durch ihre elende wirtschaftliche Lage zu immer neuen Forderungen und Kämpfen gezwungen, kann sich nicht mit geringen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse innerhalb des kapitalistischen Klassenstaates begnügen, sondern ist gezwungen, den Kampf um die Produktionsmittel, den Kampf zur Beseitigung des Kapitalismus mit aller Schärfe fortzuführen. Dieser Kampf ist ein wirtschaftlicher und zugleich ein politischer Kampf, der von der Arbeiterklasse in erster Linie durch Verwertung ihrer Arbeitskraft gesichert werden muß. Dazu ist der Zusammenschluß der Arbeiterklasse — aller Hand- und Kopsarbeiter — zu gewaltigen Kampforganisationen notwendig.

Das Proletariat Deutschlands hat sich Partei- und Gewerkschaftsorganisationen geschaffen. Diese haben mehr oder weniger auf dem Boden des Klassenkampfes, soweit es sozialistische Partei- oder freie gewerkschaftliche Organisationen waren. Infolge der als Folgeerscheinung des Weltkrieges und einer politischen Revolution geschaffenen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und des dadurch bedingten und immer näher rückenden Endkampfes, können diese Organisationen allein nicht mehr genügen.

Vielmehr müssen die gewerkschaftlichen Organisationen sich zu gewaltigen Industrieverbänden zusammenschließen, um dadurch zum Fundament eines sich organisch entwickelnden Räteystems zur wirtschaftlichen Betätigung zu werden. Dieses Räteystem muß alle Kräfte des werktätigen Volkes sowohl zu einer Kampforganisation zur Erämpfung des Sozialismus vereinigen, wie auch gleichzeitig alle Vorbereitungen zur Uebernahme der kapitalistischen Wirtschaft und deren Ueberleitung zum sozialistischen Gemeinwesen treffen, um sich dann selbst zu einem das ganze Wirtschaftsleben tragenden Organismus fortzubilden.

Die 14. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes erkennt die vorliegenden Grundzüge an und ist bereit, diese Grundzüge entsprechende neue Kampf- und Organisationsbasis für den Verband zu schaffen. Sie lehnt jede Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum ab, erkennt nur das durch die wirtschaftlichen Kämpfe erforderliche Verhandeln an.

Der Vorstand wird ermächtigt, sofort die erforderlichen Vorbereitungen zur Schaffung eines alle Hand- und Kopsarbeiter der Metallindustrie erfassenden Industrierverbands zu treffen, und zu diesem Zweck die notwendigen Verhandlungen zu führen.

R. H. Müller.

In der Abend Sitzung werden noch alle Anträge zum Vorstandsbereichte erledigt und die Generalversammlung um 9 Uhr vertagt.

Gerichtssaal.

Urteile gegen revolutionäre Arbeiter.

10 Jahre Zuchthaus, 2 1/2 Jahre Gefängnis, 31 Jahre Ehrverlust.

Der große Streik im mitteldeutschen Braunkohlrevier erlebte dieser Tage vor dem Kammergericht in Schürgericht sein erstes gerichtliches Nachspiel. Die ersten Tage des Streiks, der am 24. Februar proklamiert war, verliefen äußerst ruhig, was jedoch dem reaktionären Bürgerausschuß von Zeitz nicht zu passen schien. Um die für die Sozialisierung des Bergbaues kämpfenden Arbeiter durch Ausgrenzung in das kapitalistische Joch zurück zu zwingen, rief er die Zeitzer Bürgerwehr zum Bürger- und Beamtenstreik auf. Außerdem wurden Koskettuppen nach Zeitz berufen, die jedoch nichts zu tun fanden und wieder abrückten. Wurde die Disziplin der Arbeiterklasse durch diese Provokation schon auf eine harte Probe gestellt, so erreichte die Erregung der Zeitzer Arbeiterklasse ihren Höhepunkt, als am Vormittag des 1. März das Gericht verurteilte, der Volksbote sei militärisch besetzt. Im Volksbote hatte ein Trupp von 20 bewaffneten Soldaten und 4 Polizisten die Geschäftsräume des Volksboten nach Waffen durchsucht, natürlich ergebnislos!

In dieser überhitzten Atmosphäre kam es zu einem Wortwechsel zwischen einem Leutnant Schröder und einem Arbeiter wegen des provokierenden Waffentragens des ersteren, in dessen Verlauf der Arbeiter von dem Leutnant erschossen wurde. Infolge dieser Mordtat kam es dann zu Ausschreitungen, in deren Verlauf der Leutnant Schröder von der erregten Menge erschlagen wurde. Auch an andern Stellen der Stadt kam es zu Schlägereien, an denen beteiligt gewesen zu sein die Angestellten Friedrich Fischer, Karl Steininger, Gustav Staud, Albert Paul, Friedrich Wachtel, Gustav Zimmermann und Anna Höder beschuldigt waren. Sämtliche Angeklagten bestritten in der Verhandlung, sich an den Ausschreitungen beteiligt zu haben. Sie sind auch von keinem der Verletzten als Beteiligten wiedererkannt worden. Weitergeklärt und gegenwärtige Verhandlungen haben sie vor das Gericht gebracht. Trotzdem wurden sämtliche sechs männlichen Angeklagten von den Geschworenen für schuldig befunden und nur Wachtel wurden milde Umstände zugespochen. Das Gericht ging über die Anträge des Staatsanwalts noch hinaus und verurteilte Fischer und Steininger zu je 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, Staud und Zimmermann zu je 2 1/2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, Paul zu 5 Jahren Zuchthaus, 8 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit der Vollzeitauslösung, Wachtel zu 2 1/2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust; Frau-lein Höder wurde freigesprochen.

Selbst wenn durch die Verhandlungen die Angeklagten der Teilnahme an den Schlägereien überführt worden sein sollten (der Prozeß wegen Totschlags des Leutnants Schröder steht noch aus), so illustriert dieses Urteil in erschreckender Weise den Tiefstand unserer revolutionären Erregungszustände. Selbst aus der reaktionären wilhelminischen Epoche übernommene Richter haben in den Berliner Spartalprozessen den Angeklagten die politische Erregung zur Zeit der begangenen Straftaten zugute gehalten und bei der Ausmessung des Strafmaßes als Strafmildernd in Betracht gezogen.

Reichsgericht.

Diebstahl der Regimentskasse. Das Landgericht Zeitz hat am 17. Juni den früheren Inspektor Julius Albuschaj wegen Diebstahls zum schweren Diebstahl zu 4 Jahren Zuchthaus und Nebenstrafen verurteilt, außerdem wurde auf Polizeiausschluß erkannt. Der Angeklagte hatte als Wächter der Militär-Wach- und Schießgesellschaft Dienst in der Infanteriekaserne und beschloß, zusammen mit einigen anderen, die Regimentskasse zu hehlen. Gemeinsam mit dem Hausdiener Wilhelm Peteret, der dieser und anderer Straftaten wegen zu 12 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt worden ist, erwarb er mehrere Räume und raubte die Regimentskasse mit 25 000 M. Inhalt. Sie schleppten sie auf den Friedhof, wo sie sich den Inhalt teilten. Mehrere Frauen und einige Mitangeklagte, welche auch einen Teil des Geldes erhalten hatten, wurden wegen Diebstahls zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen das Urteil hatte nur Albuschaj Revision eingelegt, welche jedoch vom Reichsgericht als unbegründet verworfen wurde!

Eine vor Jahren im Zustande begangene Tat wurde am 28. März vom Landgericht I in München mit Strafe belegt. Es verurteilte den Geschäftsführer Johann Meier und dessen Frau Marie wegen schwerer Ruppel zu je 8 Monaten Gefängnis, weil sie während ihres Aufenthaltes in Zürich von 1913—1914 der Unzucht der unehelichen Tochter der Frau Vorstaud geleitet haben. Die von den Eltern begangene Ruppel an ihrer Tochter war in Deutschland zu bestrafen, da sie auch in Zürich strafbar ist. In ihrer Revision beantragten die Angeklagten Niederschlagung auf Grund der Amnestieverordnung, da sie aus Not den Lebenswandel ihrer Tochter gebildet hätten. Da aber aus den Feststellungen hervorging, daß sie aus Gewinnsucht gehandelt haben, so schlug die Amnestie nicht ein und das Reichsgericht verwarf die Revision als unbegründet.

Ämtliche Bekanntmachungen.

1500 Mark Belohnung!

In der Nacht zum 19. oder 20. d. M. ist aus einer Maschinenfabrik in E.-Meinshöcher 1 Lederrevolver, 15 1/2 m lang und 25 cm breit, in den zwei Enden neues Leder eingefügt, geflochten worden. Für Verhaftung des gestohlenen Revolvers und Ermittlung des Täters werden 1500 Mark Belohnung ausgesetzt. Sachdienliche Mitteilungen erbittet schnellstens die Kriminalabteilung an Kr.-S.-N. 5 4085/19. Leipzig, den 21. Oktober 1919.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

200 Mark Belohnung!

Mittels Einbruch sind in der Nacht zum 21. d. M. aus dem jährlichen Universitätsinstitut, Technische Abteilung, gestohlen worden: Sähe mit Krampens (Sähe zum Teil gebraucht), Gebisse (Kauschut um Metallplatten), Platin, Platinsähe, Metallblech und Mandolmetall; Werkzeuge zu wissenschaftlichen Zwecken bestimmt; Kleingeld- und Friedenskaufschut. Vor Kauf wird gewarnt. 200 Mark werden als Belohnung für Ermittlung der Täter und Wiedererlangung der gestohlenen Gegenstände ausgesetzt. Sachdienliche, den Diebstahl aufklärende Beobachtungen wolle man schnellstens der Kriminalabteilung mitteilen an Kr.-S.-N. 5 4082/19. Leipzig, den 21. Oktober 1919.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Verkauf von Quark und Käse unter städtischer Aufsicht.

Auf die Marken 3 und 4 der neuen blauen, braun überdruckten Landesverkaufsart für Magermilch, Quark und Käse zusammen wird entweder Quarkkäse im ungefähren Gewicht von 80 g oder 150 g Quark zugeteilt. Es bleibt vorbehalten, anstatt Quarkkäse 80 g anderen Käse zuzuteilen; ein Maßrecht steht niemandem zu. Der Kleinverkaufspreis beträgt für etwa 80 g Quarkkäse 45 Pfg., für 150 g Quark 51 Pfg.

Bedarfsanmeldung und Abgabe der Marken durch die Verbraucher bis Sonntag, den 25. Oktober.

Entnahme der Bezugskarten in der Bezugskarteinstelle Markgrafstr. 8, durch die Kleinhändler Montag, den 27. Oktober, in der vorgeschriebenen Ordnung; danach Ablieferung der Bezugskarten an einen der bekannten Obmänner. Auf den Lieferungen ist jede Marke mit 10 g zu versehen.

Entnahme der Bezugskarte durch die Obmänner in der Bezugskarteinstelle Mittwoch, den 29. Oktober. Die Bezugskarte ist unverzüglich an die Leipziger Käseverteilungs-Gesellschaft abzuliefern. Bei dieser ist die Ware auf Aufforderung abzuholen und dann sofort an die Kleinhändler weiterzugeben.

Die Kleinhändler haben die empfangenen Waren unverzüglich an die Verbraucher abzugeben und der Beginn der Ausgabe durch einen von außen deutlich sichtbaren Aufschlag im Verkaufsraum anzugeben. Leipzig, am 21. Oktober 1919. Cr.-N. III. Der Rat der Stadt Leipzig.

Sparkasse Wahren.

Geschäftszeit von 8—1/2 Uhr.

Nachstehend veröffentlichen wir eine Bekanntmachung des Wirtschaftsministeriums über die Gültigkeit der Zuckerkarten der Reihe 14. Die nach Absatz 3 der Verordnung in der Zeit vom 20. bis 31. Oktober 1919 noch zur Belieferung zugelassenen Ergänzungszuckerkarten tragen neben dem runden Dienststempel noch den Stempel der die Karten ausgebenden Kartenstelle. Ergänzungszuckerkarten ohne diese beiden Stempel dürfen nicht beliefert werden. Leipzig, am 21. Oktober 1919. Ern.-N. I. Der Rat der Stadt Leipzig.

Bekanntmachung, die Zuckerkarten der Reihe 14 betreffend.

Die Gültigkeit der Zuckerkarten für den laufenden Versorgungszeitraum (1. September bis 31. Oktober 1919, Reihe 14) erlischt mit dem 20. Oktober 1919.

Nach diesem Zeitpunkt darf auf Zuckerkarten, Bezugskarten und Ergänzungskarten der Reihe 14 vorbehaltlich der nachstehend zugelassenen Ausnahmen Zucker im Kleinverkauf nicht mehr abgegeben werden.

Um jedoch die Versorgung der nach dem 20. Oktober 1919 von außerstädtischen Kommunalverbänden Zurückbleibenden, der Reisenden, die nach dem 20. Oktober 1919 Zuckerrückstellungen zur Einlösung vorlegen, sowie der nach dem 20. Oktober 1919 Geborenen

für die Zeit bis zum 31. Oktober sicherzustellen, wird die Belieferung der für diese Personengruppen nach dem 20. Oktober 1919 zur Ausgabe gelangenden Ergänzungszuckerkarten, die vom Kommunalverband durch einen besonderen Aufdruck kenntlich gemacht sind, durch Kleinhändler auch in der Zeit vom 21. bis 31. Oktober 1919 nachgelassen.

Ebenso bleibt die Belieferung von Militärurlaub- und Binnenschiffzuckerkarten durch Kleinhändler auch in der Zeit vom 21. bis 31. Oktober gestattet.

Die Kommunalverbände treffen die näheren Anordnungen zur Durchführung dieser Verordnung. 1094 V L A Ia. Dresden, den 18. Oktober 1919. Wirtschaftsministerium, Landeslebensmittelamt.

Brennspiritus.

Spiritus zum Preise von 1,70 Mk. für das Liter (ohne Flasche) wird für den Monat Oktober 1919 verteilt:

- an Personen, die ihn zur Kranken- und Säuglingspflege dringend gebrauchen,
- an solche Minderbemittelte, deren Jahreseinkommen 2500 Mk. nicht übersteigt, und die den Spiritus zu Koch-, Heiz- und Leuchtzwecken benötigen und weder über Elektrizität noch Gas verfügen.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß bei der beschränkten Menge Spiritus, die zur Verteilung vorhanden ist, auch von ihnen nur die allerdringendsten Fälle berücksichtigt werden können. In erster Linie aber sollen die Bezugsmarken den Kranken und Säuglingen dienen.

Die Anträge, Marken zum Bezuge von Spiritus zu gewähren, sind von den Bedrängten persönlich bei dem Vorsteher des Fürsorgebezirks zu stellen, in dem die nachsuchenden Personen wohnen. Außer dem Wohnungsverzeichnis, Familienstamm- und etwaigen Unterstützungsausweisen und dem letzten Steuerzettel sind noch ein **Sohnnachweis des Arbeitgebers über den Verdienst in den letzten vier aufeinanderfolgenden Wochen** bzw. des letzten Monats, bei Krankheit ein ärztliches Zeugnis, sowie eine vom Hausbesitzer erst jetzt angestellte Bescheinigung darüber vorzulegen, daß die zur Verwendung von Kochgas oder elektrischem Strom erforderlichen Einrichtungen in der Wohnung des Geschäftstellers nicht oder nicht-gebrauchsfähig vorhanden sind.

Mit der Ausgabe der Marken wird Montag, den 27. Oktober 1919, begonnen werden. Da die zu verteilenden Marken nicht durchweg in der Wohnung des Fürsorgebezirksvorstehers ausgegeben werden, so sind Zeit und Ort der Ausgabe vorher in den Polizeiwachen zu erfragen. Der Spiritus wird in den bekannten Verkaufsstellen abgegeben. Leipzig, am 22. Oktober 1919. Gov.-A. Ia. Der Rat der Stadt Leipzig.

Vertilgung der Obstbaumschädlinge.

Die Zeit zum Vertilgen der gefährlichen Obsttrauben und anderer Obstbaumschädlinge ist gekommen. Die Besitzer von Obstgehäusen werden deshalb hiermit aufgefordert, rechtzeitig alle Mittel zur Vertilgung der Schädlinge zu ergreifen.

Zu nennen sind:

- Der **Frostschmetterling**. Der Schmetterling ist in den Monaten November, Dezember durch Leimringe zu fangen, die in etwa 1 Meter Höhe um die Stämme gelegt werden. Die Schmetterlinge kriechen an den Stämmen zu tiefer Höhe zwecks Eierablage und werden auf den Ringen festgehalten.
- Der **Schwammspinne**. Dessen Nester sitzen auf den Ästen, aber auch auf den Jähnen. Sie sind an der wolgigen Masse zu erkennen, die abgenommen und verbrannt werden muß.
- Der **Ringelspinner**. Dieser legt seine Eier um dünne Zweige ab, die mit den Eiern abgeschnitten und verbrannt werden müssen.
- Der **Goldsäfer**.
- Der **Baumweißling**.
- Der **Häufigkeitspinne**.

Die Raupen überwintern in zusammengesponnenen und blauen Blättern an den Zweigen als Häupenester. Sammeln und verbrennen. Die Arbeiten zu 2 und 3 müssen bis Ende Februar oder Mitte März beendet sein. Außerdem sind die Stämme der Obstbäume von Flechten, Moos, aufgesprungenen Rindenteilen usw. zu reinigen; sämtliche abgestorbene und zusammengezogene Blätter, eingeschrumpfte Früchte sind mit den Zweigen zu entfernen und zu verbrennen. Das Nichtbefolgen vorgenannter Anordnungen wird gemäß § 268, Abs. 2 des Reichsstrafgesetzbuchs mit Geldstrafe bis zu 100 Mk. oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft. Leipzig, am 21. Oktober 1919. W.-P.-N. Der Rat der Stadt Leipzig.

Brennholzabgabe im Sonnenwitzer Revier.

Die auf der Haushaltkohlenkarte vorgemerkten Nummern 5000—5000 sollen Freitag, den 24. Oktober, und 5000—5200 Sonnabend, den 25. Oktober mit Brennholz der Nummer nach beliefert werden. Bezahlung vorher im Pflanzgarten (verlängerte Teichstraße) von früh 8 Uhr an. Zur maßlosen Abgabe gelangen 1/2 Nm. Scheite oder 1 Nm. Abraumholz. Sofortige Abfuhr des Diebstahls halber erforderlich. Der Rat der Stadt Leipzig.

Markranstädt.

Am Mittwoch, dem 22. Oktober 1919, wird an die Inhaber der Futterkarten Nr. 1—0000 auf Abschnitt 4 der Eierkarten 1 Ei für 1 Mark abgegeben. Markranstädt, am 21. Oktober 1919. Der Stadtrat.

Pflegestellen

für einen 10 Jahr und 1 Jahr alten Knaben gesucht. Angebote unter Angabe der Ansprüche an das Fürsorgeamt in Markranstädt.

Sparkasse Lindenthal.

Geschäftsstelle: Gemeindevamt, Hauptstraße 17. Zweiggeschäftsstelle: Quaschnig, Gemeindevamt. Geschäftszeit: Werktags durchgehend von 8—1/2 Uhr, nachmittags geschlossen. Kostengünstige Übertragung angelegter Gelder von auswärts. Tägliche Verzinsung mit 3 1/2 % Kontrollmarken. Fernsprecher Nr. 50088. Postfach-Nr. 1104 in Leipzig. Girokonto bei den Girokassen Leipzig, Neumarkt 25, und Lindenthal.

Sparkasse Gaußsch.

Gemeindevamt. Geschäftszeit: Montag bis Freitag 8 bis 2 Uhr Sonnabends 8 bis 1 Uhr. Tägliche Verzinsung mit 3 1/2 Prozent. Postfach-Nr. 14001 Leipzig. Girokonto Nr. 65 bei der Girokasse Leipzig, Neumarkt 25.

Vor dem Steuerzuschlag!
Decken Sie sich ein!
Lafettenfeuerzeuge in großer Auswahl
Universal-Brennstoff „Ospil“
nicht rührend und nicht bläsend!
Oswald Pittrich, Leipzig
Petterssteinweg 10, Fernruf 11670.
Großes Lager in Gasglühstrümpfen
Noch billig! Preisverhältnisse!
Taschenlampen, Batterien, Notbeleuchtung.

Radfahrer! Achtung!
Wir protokollieren alle abgefahrenen Radreifen.
Prima Gummilauffläche
Reifen werden wie neu. Ein Versuch überzeugt.
Keine Reifensorge mehr.
Stets Lager in neuen Fahrrad-Decken und -Schlitzen.
Preuss & Rauer
Vulkanisier-Anstalt
Leipzig-Anger — Tel. 60925 — Zweinaundorfer Str. 11.

Kaltleim für Holz
wetter-, säure-, bliebe-
ständig. Seit 15 Jahren
für alle Holzarten glänzend
bewährt, also kein Ersatz-
Ausfuhr. Probest gratis.
Probepackete von 2 Kilo
Mk. 25.— per Nachnahme.
Aug. Elhardt Söhne
Kempten 16
(Bayern).
Café „Prinz Eugen“
Co., Pegauer Str. 56.
Neue Bewirt. Neue Bedien.

**Haut-, Geschlechts-
Graue Haare und Bart**
erhalten Naturfarbe u. Jugend-
frische ohne zu färben. Seit
12 Jahren glänzend bew. Näh. un-
entgeltl. Sanitas, Fürth/W.
Königsplatz 23. 1*

Sie rauchen zu viel!
„Rauchertrost“-Tabletten,
das beste Mittel gegen den
Rauchreiz. Unschädlich!
Schachtel Mark 2.—, von
6 Schachteln an portofrei.
Tausende Anerkennungen.
Dr. Wolf & Co., Hamburg 23.

Herings-Räucherei
Leipzig-Lindenu
Leutzscher Str. 30, Tel. 33479.
Durch Vergrößerung meines
Betriebes bin ich jetzt in der
Lage, alle Kunden zu betrie-
digen. Die bekannte pr. Ware.
Einaetroffen sind Gurken, kl.
Pfeffergurken, Str. 105 Mt
Hochachtungsvoll
Rosa Schröter.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt
Tüchtige Modell-Tischler
zum sofortigen Eintritt gesucht.
Angebote erbitten an
Rhein. Metallwaren- und Maschinenfabrik
Abteilung Sommerda.

Sängerchor Zwenkau.
M. b. H.-S.-B.
sucht tüchtigen Dirigent.
Off. m. Gehaltsantrag erbit. M. Schulze, Imnitz-Zwenkau.
Zur Abfertigung von Tapeten-
musterbüchern suche tüchtigen,
selbständigen
Buchbinder
welcher auch mit der Präge-
maschine umzugehen versteht.
OTTO RÜHL, Dessau,
Musterartenfabrik. 1*

Schlosser für Schnellpressen
sofort gesucht.
Hossfeld & Dirks
Leipzig-Lindenu
Völgner Str. 188. 1*
Wickelmacher
sucht V.-Kleider, Kreuzstr. 85.
Schneidergehilfe gesucht
Con., Bornholme Straße 88, I.
Alter Mann zum Holzjagen
wird sof. einest. Zu melden bei
Eduard Lötzsch, Holzhandl.,
Seltzerstr., Byraner Str. 35, II.

Patentgummi-Vorarbeiter
gesucht!
Zum sofortigen Eintritt tüchtiger Vorarbeiter gesucht, der mit der Patentgummi-Fabrikation vollständig vertraut ist und selbst mit Hand anlegt. Best. Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen unter G. 71 an die Expedition dieses Blattes, Tauchaer Str., erbitten.

Kräftig. Schulknabe
geht Blau. Fr. Uebelstr. 4, I.
Herren u. Damen
für jed. gr. Bezirk gesucht, die gut bei der Privatbankwirtschaft ein-
sind, zum Verkauf von altgold.
Währern u. der Verbreitung bei
hoher Provis. in dan. Ziellg.
Brück, Gd. Neuk.-Hall. St. 4, p.
Jung. Mädchen a. Aufwartung
für den ganzen Tag gef. Lind-
Merseburger Str. 27, Pflanzgäß.

Perfekte Stenotypistin
zu sofortigen Eintritt gesucht.
Buchhandl. Schloßgasse 7/9, II.
Gedöbte Drahtseilerinnen
sucht E. P. Berger, Großbuch-
binderei, Kroumannstraße 2.
Eine Frau zum Hausreinigen
geht, die in der Nähe wohnt.
Steger, Konstantinstraße 1, I.
Saub., bessere Aufwartung
bei hohem Lohn gesucht.
Mariannenstraße 8, pt. 106.
Saub. Aufwartung 101. gesucht
Wob., Lindenthaler Str. 39, II. r.

Einige kräft. Arbeiterinnen
sucht
Textil-Rohstoff-Verwertung, Leipzig,
Katzbachstraße 6.

Steindrucker
für Blechdruck in Monsterver-
fabrik Kopenhagen gesucht.
Mit Bewerd. und Zeugnisabs-
chriften vorzulegen bei
Hossfeld & Dirks
Leipzig-Lindenu
Völgner Str. 188.

Brennholz
trocken, hartes, auf Donners-
tag, morgen Donnerstag
früh 7 Uhr Eilenburger Güter-
bahnhof, Eing. Eilenburger Str.
Militär-Stiefel.
u. -Schuhe verk. Fritzsche,
L.-Bln., Kronmannstr. 12, Bad.
M. M. -Stiefel, 20, 6, 10, 12, 15, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100.
Militär-Stiefel, Größe 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.
Militärschuhe u. braune
Lebergamaschen billig zu verk.
Städterstr. 26, III. I.
Damen-Lackhalbschuhe, Gr. 36,
Gasthof, v. Eilenbahnstr. 15, II. I.
Jackett - Anzüge
Gehrock - Anzug
Herbst- u. Winter-Jeherz-
Wäsche etc. vk. Fritzsche,
R., Frohmannstr. 12, Lad.
3 guterh. Anzüge u. 1 Paletot
verkauft bill. Range Str. 10, I.*

